

# Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mt. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Nachnahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:  
„Mercur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 19.

Sonnabend, den 11. Mai 1889.

III. Jahrgang.

**Der internationale Arbeiterkongress und die Spaltung in Frankreich. — Der schwedische Parteitag. — Segen der „Sozialreform“ für Arbeiter. — Der Thring-Wahlprozess.**

**Gedicht von Hendell. — Die Frauenfrage im Spiegel der Dichtung. II. — Was ist Ehre? — Verbrechen und Geistesstörung II. — Rationalökonomische Irrlehren. II. — Der pneumatische Meißel. — Der Jahresarbeitsverdienst bei der Invalidenversicherung. — Zur Frauenfrage. — Der Bergarbeiterstreit. — Zur Abwehr.**

## Arbeiter und Parteigenossen!

Tretet eifrig für die **weitere Verbreitung** dieses Blattes ein.

In Berlin abonniert man am besten bei den Expeditionen, welche zugleich die Tageszeitungen bringen.

Abonnementsnummern für Vereine, Versammlungen u. s. w. nach auswärts und in Berlin jederzeit wie gewöhnlich zu beziehen.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

## Berliner Arbeiterbibliothek.

Soeben erschien Heft 4:

**Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune.** Von Ossip Zeitin-Paris 7. 48 Seiten Preis 20 Pfg.

Unentbehrlich zum Verständniß der gerade jetzt wieder in Frankreich hervortretenden Spaltungen.

Zu beziehen durch die bekannten Kolporteurs, sowie durch die Expedition dieses Blattes.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

## Der internationale Arbeiterkongress und die Streitigkeiten unter den französischen Arbeitern.

Wir erklärten in unserer letzten Nummer, solange die Diskussion dieser Frage einstellen zu wollen, bis der Aufruf der französischen Marxisten vorläge.\*)

Unterdeß ging uns aus Paris von kompetentester Seite eine zusammenfassende Darstellung des ganzen unerquicklichen Streites der Marxisten und Possibilisten und seiner Entwicklung zu. Da diese Einseitigkeit Anspruch darauf erheben darf, die Anschauungen der leitenden Parteikreise in Paris wiederzugeben und da sie — wie wir offen einräumen — geeignet ist, manchen bisher dunklen Punkt klarzustellen und manche Ansicht zu modifizieren, so gewähren wir ihr gern Aufnahme.

Paris, 5. Mai 1889.

Die Nummer 17 der „Volks-Tribüne“ brachte einen Artikel zur Frage des internationalen Kongresses, der zwar durchaus keine Billigung des Vorgehens der

\*) Soeben bei Schluß des Blattes erhalten wir von demselben Kenntnis. Er beruft den Kongress nach Paris für die Zeit vom 14.—21. Juli. Als Tagesordnung ist vorläufig festgesetzt:

- Internationale Arbeitergesetzgebung. Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages (Sonntagsarbeit, Frauen- und Kinderarbeit u. s. w.);
- Ueberwachung der Werkstätten, der großen und kleinen Industrie, sowie der Hausindustrie;
- Mittel und Wege, um die diesbezüglichen Forderungen zu verwirklichen.

Possibilisten in sich schloß, nichtsdestoweniger jedoch für eine Beschickung des von der genannten Fraktion einberufenen Kongresses von Seiten des deutschen Proletariats plädierte.

Die Argumente für die Ansicht, die Deutschen auf dem Kongresse vertreten zu sehen, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Possibilisten haben den Kongress nicht auf eigene Faust einberufen, sondern kraft eines Mandats, das ihnen von Vertretern der Arbeiterorganisationen verschiedener Länder zugesprochen ist;

2. die Mandatsprüfung innerhalb der Delegirten einer jeden vertretenen Nation macht den Konflikt in der Kongressfrage zwischen Marxisten und Possibilisten zu einer inneren Angelegenheit der Franzosen, das Ausland hat sich durch ein Fernbleiben von dem possibilistischen Kongresse nicht einzumischen;

3. es ist noch nicht ausgemacht, daß die Possibilisten die Marxisten vergewaltigen; geschieht es dennoch, so wird ein Protest aus der Mitte des Kongresses den Possibilisten weit gefährlicher sein, als ein schmolles Fernbleiben aller Freunde der Marxisten.

Folgendes zur Widerlegung der betreffenden Ansicht und zur Klärung der Kongressfrage überhaupt.

Unseres Erachtens haben die von internationalen Kongressen herrührenden Mandate, auf welche sich das possibilistische Nationalkomitee für Organisation des bevorstehenden internationalen Arbeitertages stützt, dem Ausland gegenüber durchaus keine bindende Kraft. Beide Kongresse waren — und dazu im Wesentlichen absichtlich — bloße Kumpfkongresse, die erst in zweiter und dritter Linie den Zweck einer internationalen Verständigung des Proletariats verschiedener Länder verfolgten, dagegen in erster Linie der Absicht dienten, ihre thatsächlichen oder moralischen Urheber, die französischen Possibilisten, als einziger in Frankreich bestehender Arbeiterpartei Anerkennung zu verschaffen. Diese Absicht allein erklärt, warum die als „international“ betitelten Kongresse den Charakter von Kumpfparlamenten trugen: es mußten die Vertreter von Parteien ferngehalten oder majorisiert werden, welche auf dem Laufenden darüber waren, daß außer den Possibilisten in Frankreich noch eine sozialistische Fraktion bestand, welche an Stärke der ersten wohl gleich, an Klarheit und Zielbewußtheit, an korrekter Haltung dagegen überlegen war.

Alle von den Possibilisten bis dato organisierten sogenannten internationalen Kongresse schrumpften ihrem Kerne nach auf Versammlungen der Possibilisten und Trades-Unionisten zusammen — und zwar in hervorragender Weise des nicht sozialistischen, reaktionären Theils derselben.

Wir wollen nicht erst an die erste, geradezu schmachtvolle internationale Konferenz von 1883 erinnern, zu der außer den Trades-Unions nur noch einige ausländische Freunde der Possibilisten (Italien und Spanien) geladen waren, von denen man keine Störung der oben angedeuteten Absicht zu befürchten hatte. Die Konferenz verlief bekanntlich so farblos, daß Herr Broadhurst, ein großer Sozialistenfresser vor dem Herrn, den liberalen Londoner „Daily News“ schreiben konnte: „Wir haben ein gutes Werk gethan. Jetzt schwimmt Alles in unserem Fahrwasser. Ich habe nie Leute so schnelle Fortschritte machen sehen, wie unsere Kollegen, die französischen Delegirten. Die Resolution, welche jetzt zur Abstimmung kommt, hat Herrn Broussé zum Verfasser, und wir werden sie annehmen, ohne ein Wort an ihr zu ändern.“

Der Kongress von Paris, 1886, war nur eine zweite, etwas vergrößerte Auflage der 1883er Konferenz. Er war vom Auslande her dürftig und unvollständig besetzt, kann also keineswegs als ein Ausdruck der Meinung und des Willens des internationalen Proletariats betrachtet werden. Was speziell das Mandat behufs Organisation eines internationalen Kongresses durch die Possibilisten anbetrifft, so muß bemerkt werden, daß der

Kongress sich nur in der Form eines Wunsches, nicht einer formellen Resolution über die Frage äußerte, und daß sich der deutsche, österreichische und belgische Delegirte der Abstimmung enthielten, um den Nationen, welche sie vertraten, und die ihrerseits die Frage eines internationalen Kongresses erwogen hatten, nicht vorzeitig die Hände zu binden. Von einem formellen, das Ausland verpflichtenden Mandat kann also keine Rede sein.

Bleibt der Kongress zu London, 1888. Uns erscheint es als im höchsten Grade ungerechtfertigt, den Beschlüssen gerade dieses Kongresses eine moralisch bindende Bedeutung zuzumessen, noch dazu Ländern gegenüber, welche nicht in London vertreten waren und offenbar nicht vertreten sein sollten. Der Londoner Kongress, trotz mancher guter Seiten, war in der Form und im Wesen eine Vergewaltigung der ausländischen, sozialistischen Delegirten durch die antisozialistischen Herren vom Parlamentarischen Komitee, welche, um jede ernsthafte Opposition von vornherein zu ersticken, dem Arbeitertag seine Souveränität vorenthielten, indem sie mit unerhörtem Autoritarismus Zulassbestimmungen, Tages- und Geschäftsordnung allein entschieden. Jedermann weiß, wie diese Haltung der Leiter der Trades-Unions den Londoner Kongress zu einem Kumpfparlament gestaltete, wie die deutschen Sozialisten, trotz ihres Engagements, trotz ihres Verzichtes auf den von ihnen in St. Gallen beschlossenen Kongress absichtlich, und damit mit ihnen auch die Oesterreicher und Russen vom Kongress ferngehalten wurden. Die Possibilisten bedauerten zwar auf dem Kongresse die Abwesenheit der Deutschen und gaben eine internationale Bravourarie zum Besten, jedoch erst, nachdem Ansehn durch seine energische Protestation der Lage die Schelle angehängt hatte. Wer überhaupt der Organisation des Londoner, wie anderer internationaler Kongresse von possibilistischer Gnade hinter die Kulissen geblickt hat, dem drängt sich unwillkürlich die Ueberzeugung auf, daß die Possibilisten, die moralischen Väter des 1888er Kongresses, mit Sitz und Stimme im hohen Rath des parlamentarischen Komitees begnadigt, von Anfang an von ihren trades-unionistischen Bundesbrüdern durch eine energische und entschiedene Haltung Zulassbestimmungen erhalten konnten, die den Vertretern aller Nationen die Anwesenheit auf dem Kongresse ermöglichten, widrigenfalls aber hätten sie auf den Kongress zu verzichten und im Einverständnis mit den sozialistischen Parteien aller Länder einen anderen Arbeitertag zusammen zu berufen. Aber die Führer der Possibilisten wollten weder das eine, noch das andere, weil damit ihren Sonderinteressen schlecht gedient gewesen wäre.

Für wie wenig verpflichtend sogar die auf dem Kongress von London vertretenen Organisationen die daselbst gefaßten Beschlüsse halten, zeigt, daß sich z. B. das Parlamentarische Komitee weigert, für verschiedene Resolutionen einzutreten, ferner, daß es Belgier und Holländer für keinen Widerspruch hielten, sich an der Haager Konferenz zu beteiligen und ihr zuzustimmen.

Was speziell den Werth des internationalen Mandats über Organisation eines internationalen Kongresses durch die Possibilisten betrifft, so verdient es wohl Beachtung, daß die betreffende Resolution erst gegen Ende des Kongresses, in größter Eile — herbeiestamotirt wurde.

Nach den in der „Volks-Tribüne“ entwickelten Ansichten wäre eine Parteinahme für die französischen Marxisten erlaubt und geboten gewesen, solange die Possibilisten die Bruderfraktion vollständig zu ignoriren gedachten, aber jeder Grund zur Einmischung des Auslandes hinweggefallen, sobald die Possibilisten erklärten, jede Nation solle bei Prüfung ihrer Mandate selbständig sein. Diese Erklärung mache den Konflikt zwischen Guesde und Broussé zu einer inneren Angelegenheit der Franzosen, deren Entscheidung man diesen selbst überlassen müsse.

Wenn sonst kein Punkt, so wäre es gerade die Klausel der Mandatsprüfung, welche den Widerstand, den Protest des Auslandes gegen den possibilistischen Organisationsmodus hervorrufen müßte.

Diese Klausel macht den Konflikt zwischen Marxisten und Possibilisten nicht zu einer inneren Angelegenheit der Franzosen, sondern sie dreht nur den Strich, mit welchem die Freunde Brousses die Bruderfraktion erwürgen wollen. In der That verleiht der von den Possibilisten festgesetzte Modus für die Mandatsprüfung diesen die Möglichkeit, unliebsame\*) oder zu zahlreiche Delegirte der Marxisten vom Kongress auszuschließen, beziehungsweise dieselben majorisieren zu können. Dieser Hintergedanke allein erklärt die Zähigkeit, mit welcher das possibilistische Nationalkomitee den Beschlüssen der Haager Konferenz gegenüber gerade an der Bestimmung über Prüfung der Mandate festgehalten hat. Bezeichnend für die Absicht ist die im Nationalkomitee gefällte Aeußerung, daß man bei Prüfung der Mandate von Delegirten aus Ländern, die unter politischen Ausnahmegesetzen stehen, die größte Toleranz walten lassen werde, daß man jedoch im Uebrigen fest entschlossen sei, sehr regelmäßige Mandate zu fordern. Was dies zu bedeuten hat, muß Jeder wissen, welcher an Ort und Stelle seit Jahren die Entwicklung der französischen Parteiverhältnisse nicht nur nach ihrer offiziellen Außenseite, sondern auch hinter den Kulissen verfolgt hat. Der angeführten Klausel gegenüber wird die Versicherung der Possibilisten, daß der Kongress allen sozialistischen Schulen, allen Arbeiterorganisationen offen stehe, zur leeren, heuchlerischen Phrase. Die possibilistische Fraktion selbst hat Präzedenzfälle geschaffen, welche unjerm Argwohn zu Grunde liegen. Auch für den 3. Regionalkongress, der im Mai 1883 zu Paris stattfand, hatten die Possibilisten erklärt, daß derselbe allen Schulen offen stehe, was jedoch nicht hinderte, dreißig marxistische Delegirte, welche zehn Organisationen vertraten, unter dem jämmerlichen Vorwand auszuschließen, dieselben hätten durch Annahme des Titels „Fédération du Centre“ der „Union fédérative“ illegale Konkurrenz gemacht. Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich auf dem 8. Regionalkongress 1887 zu Paris. 12 marxistische Delegirte waren im Vertrauen auf die berühmte Versicherung, der Kongress stehe allen sozialistischen Fraktionen offen, auf dem Arbeitertag erschienen, wurden jedoch durch systematischen Lärm mundtot gemacht, konnten ihr Mandat nicht erfüllen und mußten sich vom Kongress zurückziehen. Mit den angegebenen, schlagenden Thatsachen deckt sich, daß die Possibilisten den von ihnen in Anregung gebrachten Kongress zu Troyes fallen ließen, als die mit seiner Organisation beauftragten Gewerkschaften denselben wirklich und nicht bloß auf dem Papier allen Schulen offenstehen ließen.

Wird die Fernhaltung von einem unter den obwaltenden Umständen zu Stande kommenden Kongress als eine unbefugte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Franzosen bezeichnet, so muß man genau mit dem gleichen Rechte eine Befehdung dieses Kongresses als eine nicht berechnete Einmischung in eben diese Angelegenheiten charakterisieren. Der ganze Unterschied besteht darin, daß die erstere Einmischung den Marxisten zu ihrem Recht verhilft — was der Artikel in Nr. 17 anerkennt — letztere dagegen die Possibilisten in ihrer Annahme bestärkt, die einzige Arbeiterpartei Frankreichs zu sein, resp. ihnen die Möglichkeit verleiht, die Bruderfraktionen an die Wand zu drücken. Und daß die Possibilisten diese Möglichkeit ausnützen werden, dafür bürgt nicht nur die ganze Vergangenheit der Fraktion, dafür bürgt auch ihr unklarer, „gemäßigter“ Charakter. Gerade die Gemäßigten gehen bekanntlich bei Verfolgung ihrer Sonderinteressen skrupel- und schonungslos vor. Daß wir bei unseren Befürchtungen nicht zu schwarz sehen, dafür ein aus der letzten Zeit datirendes Beispiel.

Der „Parti Ouvrier“ hat z. B. den Artikel der Volks-Tribüne, an den wir unsere Erwiderung anknüpfen, in seiner Nummer vom 1. Mai reproduziert, jedoch so verkümmelt und theilweise entstellt — es heißt z. B. darin „Uebelgefünnte behaupten“, daß die Possibilisten den Kongress auf eigene Faust einberufen — daß sich der Artikel zu einer einseitigen und reservelosen Billigung und Zustimmung des possibilistischen Kongresses juxta. Dieses Gebahren ist jedenfalls un — wollen wir uns parlamentarisch ausdrücken — ungerecht, aber auch ungeschickt.†)

Der gegen die Marxisten an dieser Stelle weiter erhobene Vorwurf, dieselben hätten sich auf den Kongressen zu Bordeaux und Troyes über alle Rücksichten gegen das Ausland hinweggesetzt, erscheint uns unbegründet. Wenn die betreffenden Arbeitertage die Veranstaltung eines internationalen Kongresses beschloßen, so geschah dies einfach als Gegenwehr gegen die Absicht der Possibilisten, durch das Botum des Londoner Kongresses alle Nichtpossibilisten Frankreichs bei Seite zu schieben, andererseits aber auch, weil die Frage eines gemeinschaftlich zu organisierenden internationalen Kongresses von marxistischer Seite her zusammen mit ausländischen Sozialisten mehrfach erörtert worden war. Daß gerade die Marxisten alle Rücksichten auf das Ausland nahmen, geht aus dem Umstande hervor, daß dieselben trotz des doppelten Mandats alle weiteren Schritte für Organisation des Kongresses unterließen, bis eventuell eine Verständigung mit dem Auslande und mit den Possibilisten herbeigeführt war. Die von den Kongressen zu Bordeaux und Troyes mit Organisation des internationalen Kongresses Beauftragten erließen noch Ende

1888 eine Einladung zum Kongress, verschoben aber jede weitere Aktion mit Rücksicht auf eine Einigung mit den ausländischen Parteien und der possibilistischen Fraktion. Um nicht auf eigene Faust, sondern in Uebereinstimmung mit den Bruderparteien verschiedener Länder zu handeln, sind die französischen Marxisten in Verbindung mit dem Auslande getreten, ließen sie sich auf der Haager Konferenz durch Lafargue vertreten und erklärten sie sich mit den Beschlüssen derselben solidarisch. Die Possibilisten dagegen blieben der Konferenz fern unter dem armseligen Vorwand, daß dieselbe eine Anzweiflung ihres Mandats bedeute, sie gingen bei Einberufung des Kongresses ohne vorhergehendes Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien des Auslandes vor und setzten sich ruhig über die Beschlüsse der Haager Konferenz hinweg. Gerade auf Grund einer Vereinbarung mit dem Auslande und einer einheitlichen Aktion des internationalen Proletariats zu Liebe erklärten sich die Marxisten bereit, in Gemäßheit der Resolution des Londoner Kongresses die Possibilisten die Organisation des beabsichtigten internationalen Kongresses allein zu überlassen, sie verzichteten darauf, bei Veranstaltung des Kongresses in gleichem Maße wie die Possibilisten theilhaftig zu sein. Alles, was sie in Uebereinstimmung mit den auf der Haager Konferenz vertretenen ausländischen Delegirten verlangten, war für ihre eigene Partei, daß die Einberufung für den Kongress nicht nur von den Possibilisten, sondern auch von Repräsentanten der marxistischen Fraktion, von Repräsentanten des Auslandes unterzeichnet würde; für den Kongress im Allgemeinen verlangten sie volle Souveränität. Die Marxisten sind unserer Ansicht nach in ihrem Entgegenkommen bis an die äußerste Grenze gegangen, bis dahin, wo sich jedes Mehr zu einem Selbstmord der Fraktion gestalten könnte. Auf alle Fälle sind nicht sie, sondern die Possibilisten es gewesen, welche unter kleintlichen, formellen Vorwänden, unter Steifung auf das Wort „Mandat“ alle Rücksichten auf das Ausland bei Seite gelassen haben. Die Marxisten wollten im Bunde mit dem Auslande einen Kongress zusammen mit den Possibilisten einberufen, die letzteren bestanden darauf, einen Arbeitertag im Gegensatz zu und mit Ausschluß der Marxisten zusammenzutrommeln.

In Erwägung des Umstandes, daß die Marxisten nichts gegen, alles nur mit den Possibilisten zusammen organisieren wollten, erklärten auch alle an der Haager Konferenz Theilnehmenden, ihre Beschlüsse aufrecht zu erhalten, sich eventuell von einem durch die Possibilisten organisierten Kongress fernhalten zu wollen, wenn sich dieselben nicht zu einer Verständigung herbeiließen. Die Zeit, welche während der Verhandlungen mit dem Nationalkomitee verstrichen ist, da man es noch bis zur letzten Stunde zu einer Verständigung zu bringen hoffte, ist von den Possibilisten zu einer regen Propaganda zu Gunsten ihres internationalen Kongresses augenutzt worden. Sie haben eine Sammelliste eröffnet, mit deren Ertrag Delegirte in das Ausland geschickt werden sollen, sie haben zum Theil bereits Delegirte in die Provinz und über die Grenze geschickt, Paulard nach Belgien, André-Gély nach Südfrankreich, Spanien und Portugal. Die Marxisten haben unterdessen aus Rücksicht auf das Ausland in Gemäßheit der Haager Beschlüsse auf jede Aktion verzichtet. Die Wirkung des beiderseitigen Vorgehens hat nicht auf sich warten lassen. Die Anwesenheit Paulard's auf dem Kongress der belgischen Partei zu Solimont hat veranlaßt, daß dieselbe von den Beschlüssen der Haager Konferenz zurückgetreten ist, ein Resultat, welches allerdings nur mit einer schwachen Majorität erreicht wurde. Das Vorgehen der Belgier zerreißt die Haager Konferenz, giebt also den französischen Marxisten, nachdem dieselben alle Mittel zu einer Verständigung erschöpft — ihre Aktionsfreiheit zurück, sie können nun unverzüglich mit Einberufung ihres internationalen Kongresses vorgehen.

Das werden sie auch thun, und die offiziellen Einladungen zu dem von ihnen zu organisierenden Kongresse werden bereits in den nächsten Tagen versendet werden.

Das ausländische Proletariat befindet sich also zwei internationalen Kongressen gegenüber, und unserer Ansicht nach können sich, wie die Verhältnisse liegen, die ausländischen Parteien durchaus nicht für den einen und den anderen erklären, sie können sich nur für den einen oder den anderen entscheiden.

Vor Allem ist nöthig, daß die einzelnen Organisationen der betreffenden Länder in Sachen der Theilnahme an den Kongressen eine einheitliche Haltung zeigen, damit keine Zersplitterung und Gegensätzlichkeit der Kräfte geschaffen werden. Nichts wäre trauriger, als wenn die Kongressfrage, welche, wie sie liegt, nur ein Ausdruck der französischen Parteizwistigkeiten ist, den Anlaß geben sollte, die Spaltung der Proletarierorganisationen, die Broussé in Frankreich zu Stande gebracht und künstlich genährt hat, auch auf andere Länder überzutragen.

Für welchen der beiden Kongresse sich das ausländische sozialistische Proletariat zu entscheiden hat, darüber kann unseres Erachtens nach kein Zweifel sein: für den von den französischen Marxisten einzuberufenden Arbeitertag.

Die Gründe, welche uns zu dieser Wahl entscheiden, sind folgende:

1. Es ist nicht Schuld der Marxisten, sondern lediglich der Possibilisten, daß kein einheitlicher internationaler Kongress zu Stande gekommen ist.
2. Die Marxisten haben sich wohl großer taktischer

Fehler, aber keines Verstoßes gegen das sozialistische Programm schuldig gemacht. Die Thatsachen liegen vor, welche beweisen, daß von den Possibilisten nicht das Gleiche gesagt werden kann. Um die Annahme ihres Programms Zielen „möglich“ zu machen, haben sie stets verschiedene Punkte ihres Programms gestrichen, geändert, gedehnt, erjert. Sie haben stets das Anerbieten der Marxisten zu einer gemeinschaftlichen Aktion gegen den gemeinsamen Feind zurückgewiesen, sie haben die Aktion der Bruderfraktionen durchkreuzt, selbst wenn dies zum Nutzen der Bourgeoisie ausschlagen mußte — so haben sie z. B. bei Wahlen den nichtpossibilistischen Kandidaturen regelmäßig Gegenkandidaten entgegengestellt; sie haben durch die famose republikanische Konzentration mit den Clémenceau und Reinach das Terrain des Klassenkampfes verlassen, sie haben sich gleichzeitig über das Anerbieten einer sozialistischen Konzentration in zynischer Weise lustig gemacht; sie haben die an Boule verübte Klassenjustiz gebilligt und einen Protest des französischen Proletariats durch Aufstellung einer Gegenkandidatur gegen den Gemäßigten geschwächt; sie haben der Unterdrückung, der Abweisung der Demonstrationen vom 10. und 24. Februar zugestimmt, ja deren Veranstalter und Träger noch bitter verhöhnt; sie haben die gegenwärtige Regierung zu Ausnahmemaßregeln gegen ihre politischen Gegner aufgefordert, zur Beschränkung der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, zur Verhängung des Belagerungszustandes über Paris; sie haben zu der Auflösung der Gewerkschaften zu Montluçon und Commeny geschwiegen — von einer im „Proletariat“ nebenbei bewilligten Zeile über den Vorgang abgesehen; sie haben gerade in Sachen des internationalen Kongresses unverzöhnlichen Bruderhaß und grobe Verfolgung der Sonderinteressen, ein Ueberwiegen dieser über die Interessen der Allgemeinheit, des Prinzips gezeigt.

Wie wenig es ihnen bei einem internationalen Kongress darum zu thun ist, eine Verständigung und einheitliche Aktion des internationalen Proletariats herbeizuführen, kann man aus einem Artikel ermessen, den das „Proletariat“ über die „Internationale“ laufen hat. Der Artikel ist nicht gezeichnet, aber wir gehen nicht fehl, wenn wir seinen Verfasser in Broussé suchen, der gefällige Ton, in welchem das Nachwort gehalten ist, die Unverfrorenheit, mit welcher die Thatsachen verdreht werden, läßt kaum einen Zweifel über die Autorschaft. Der Artikel ist in der That die treffendste Einleitung zu einem internationalen Kongress, die herrlichste Illustration zu den eitel Honigseim triefenden Reden der Possibilisten von ihrer tadellos internationalen Gesinnung und Aktion. Der Artikel ist von A bis Z eine Philippika gegen den Marxismus. Er wärmt den ältesten, abgestandenen Klatsch der Bakunisten gegen die Marx'sche Diktatur in der Internationale wieder auf, gewürzt durch Thatsachen und Broussé'scher Propaganda. Das Ganze gliedert sich in drei hauptung, Marx und der Generalrath fälschten die Statuten der Internationale, um ihre Diktatur weiter üben zu können und jede Opposition zu tödten. Wir machen dem Herrn Broussé gewiß keinen Vorwurf daraus, wenn er in seinen Schriften und Reden ein großes Unverständnis der Marx'schen Theorien an den Tag legt, und wenn er dieselben durch die Doktrin der „gemeinwirtschaftlichen Betriebe“ überflügelt zu haben glaubt. Niemand kann ja mit seinem Verständnis über seine Kräfte hinaus, und andererseits lobt jeder Kaufmann seine Waare, auch wenn dieselbe belgische Nachfabrikation und Kontrebande ist. Aber vom Unverständnis bis zur Verdrehung, zur Lüge ist ein weiter Schritt, und Herr Broussé hat diesen moralischen salto mortale mit staunenswerther Kaltblütigkeit gethan.\*)

Zum Schluß noch etliche Worte über die vermeintliche Majorität der Possibilisten innerhalb der französischen Partei.

\*) Zur Erbauung des deutschen Publikums zitieren wir aus dem beregten Artikel folgende Kraftstellen: „Der Panmarxismus bildet in der Internationale das Gegenstück, den würdigen Bruder des Panbismarismus der bürgerlichen Welt. . . Marx hat sich vor der Geschichte kompromittirt, der leidige Ruf eines Intriganten besetzt den Namen des mächtigen Kritikers der kapitalistischen Welt. . . Marx war ein Stubengelehrter. . . das Wort Marxismus ist synonym von Intrigant geworden. . . Marx war von einem altmodischen Materialismus durchdränkt, ohne wirklichen Verständnis für die modernen Ergebnisse der Experimentalpolitik (lies: Kompromisse), er war ein alter Hundsdvierziger, ein eingestrichelter und krapelloser Autorität.“

Was die Marx'schen Theorien anbelangt, so beugt sich der Verfasser bescheiden mit der Behauptung, daß wir nicht zu untersuchen haben, ob seit 1847 der menschliche Geist für dieselben Ideen nicht eine moderne Formel gefunden, und ob man mit einer jüngeren Schule nicht in den „services publics“ die wirkliche Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu erblicken habe.“ Nachdem der Marx'sche Ehrgeiz die Internationale zu Grunde gerichtet, intriguirten die alten Knöpfe der Internationale, die Marx, Engels und Lafargue, um nach dem Center Kongress ihre Internationale von oben nach unten, nach ihrer eigenen Formel zu reorganisieren, die internationalen Marxisten setzten dieses Werk zum Schaden einer wahren, modernen Internationale fort.

Aber wie früher alle Marx'schen Intriganten an der Haltung der guten und reinen anarchistischen Klatschbasen männlichen Geschlechts zerschellten, so wachen jetzt die braven Possibilisten, um die Klänge der internationalen Marxisten zu vereiteln. Wenn eine neue antimarxistische Internationale zu Stande kommt, so gebührt das Verdienst nicht in letzter Linie der Union fédérative. Wenn diese von Herrn Broussé geträumte Internationale geboren wird, hängt von den mehr oder weniger Fesseln ab, welche die Päpste des Marxismus ihr anlegen wollen. . . Sie wäre bereits zu Stande gekommen, wenn die internationalen marxistischen Koterrien ihr nicht Knäppel in den Weg warfen. . . Die marxistische Intervention ist der Entwicklung überall hinderlich, sogar in Deutschland. . . in England und dem französischen Belgien ist sie gleichfalls hemmend, in Frankreich, Spanien und Italien ist sie geradezu verhängnisvoll.

Dies die Hymne, durch welche das „Proletariat“ den internationalen Kongress begrüßt.

\*) Natürlich würden die Possibilisten kaum so plump sein, Leute wie Lafargue, Guesde, Deville auszuschließen. Allein sie würden durch eine Beschränkung der von marxistischer Seite geschickten Delegirten die Bedeutung und Stärke der nicht possibilistischen Fraktionen zu vermindern suchen.

†) Vergleiche darüber den besondern Artikel. Die Red. der „Volks-Tribüne“.

Nur in Paris hängt die Mehrzahl der Arbeiterorganisationen, in erster Linie der Gewerkschaften, der Union fédérative an. In der Provinz existieren so gut wie keine Possibilisten. Die zahlreichen, in der Provinz ins Leben gerufenen Gewerkschaften und Studienzirkel gehören der Majorität nach der marxistischen Arbeiterpartei an. Die Kräfte der Marxisten in der Provinz sind mindestens ebenso stark wie die der Possibilisten in Paris. So haben sich bereits in Paris bis dato 58 Gewerkschaften für eine Vertretung auf dem possibilistischen Kongress erklärt, dazu kommen noch vielleicht ein bis zwei Duzend Zustimmungen aus der Provinz. Der Kongress von Troyes repräsentierte 327 Gewerkschaften und Korporationsgruppen, welche sämtlich ihre Zustimmung zu einem von marxistischer Seite organisierten Kongresse gegeben haben. Die Possibilisten sprechen zwar von „eingebildeten“ Organisationen, aber die Marxisten können ihnen den Vorwurf zurückgeben. Man schlage den im vorigen Jahre in der „Volks-Tribüne“ über die französischen Gewerkschaften erschienenen Artikel nach, und man wird zu der Einsicht kommen, daß wer im Glashause sitzt, nicht mit Steinen um sich werfen soll.

Abgesehen hiervon, hat die Haltung der Parteiführer in der Frage des Boulangismus, die von diesen verfolgte Taktik eine Zerbröckelung der possibilistischen Fraktion angebahnt. Verschiedene, sehr beträchtliche Organisationen sind in Folge der „republikanischen Konzentration“ aus der Union fédérative ausgetreten. So erst in jüngster Zeit die Organisationen des XIII. Arrondissements und obendrein noch unter einer Motivierung, welche die schärfste Kritik nicht nur der possibilistischen Taktik, sondern auch der Motive und Ränke der Fraktionsführer ist. Gerade jetzt hat die Union fédérative weniger Anlaß als je, sich als Majorität der französischen Arbeiterschaft zu geben.

### Der schwedische Parteitag

wurde, wie bestimmt war, in Stockholm am 19. April Vormittags durch den Vorsitzenden des Stockholmer „sozialdemokratischen Bundes“, Genossen Sterky eröffnet. Erschienen waren 50 Delegierte, 71 Vereine vertretend (19 von Stockholm und 31 aus den Provinzen). Zur Leitung der Verhandlungen wurden Sterky und Kjellmann als Vorsitzende und Branting und Engström als Sekretäre gewählt.

Trotz zahlreich anwesender Polizisten wurde beschlossen, die Verhandlungen öffentlich abzuhalten. Zu Mittag drohte jedoch die Polizeibehörde, die Versammlung aufzulösen, wenn die Zuhörer sich nicht entfernten. Da man nun nicht die ganze Sache gefährden wollte, so wurde bestimmt, die Versammlungen hinter geschlossenen Türen zu führen.

Der Kongress begann nach dieser Unterbrechung die Verhandlung über die Organisation der Partei, welcher ein Statutenentwurf des „sozialdemokratischen Bundes“ in Stockholm zu Grunde lag. Die Wiener „Gleichheit“ berichtet darüber: Zuerst wurde einstimmig der Name der Partei als „sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens“ bestimmt. Der Zweck derselben ist, die sozialdemokratischen Prinzipien, sowie solche im Programm der Partei ausgesprochen sind, zu verwirklichen, und die Partei soll bestehen aus solchen politischen, sachlichen und anderen Vereinen, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die höchste Instanz wurde in die Hände des Parteikongresses gelegt, welcher alle zwei Jahre stattfinden sollte. In der Zwischenzeit zwischen den Kongressen soll eine Parteileitung, bestehend aus sieben Vertrauensmännern, nebst sieben Erfahrmännern fungieren mit der Aufgabe, die Beschlüsse des Bundes durchzuführen, die Partei öffentlich zu repräsentieren und in ihrem Namen Kundmachungen zu erlassen, sowie mit ausländischen sozialdemokratischen Arbeiterparteien Verbindung einzulassen und zu unterhalten.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen wurde Schweden in drei Agitationsdistrikte eingetheilt. Nord- und Mittelschweden haben ihren Zentralpunkt in Stockholm und den Sozialdemokraten zum Organ; der südliche Distrikt in Malmö mit „Arbeiter“ und der westliche in Gothenburg mit „Folke's Röst“ zum Distriktsorgan. Außerdem wurde der „Proletär“ in Norrköping als Lokalorgan anerkannt. Alle Parteivereine im Distrikt sollen Theilhaber am Distriktsorgan sein. Der Distrikt ordnet selbstständig seine ganze innere Organisation und Agitation. Doch wurde den „Vertrauensmännern“ auferlegt, zuzusehen, daß, wo es die Distriktleitung für nöthig befindet, einem Distrikt Hilfe geleistet wird.

Ferner wurde bestimmt, daß alle Vereine, welche der Partei angehören, einen Beitrag von 15 Öre (ca. 10 kr.) per Jahr und Mitglied zu entrichten haben, zur Deckung der Unkosten.

Weiter wurden verschiedene prinzipielle Fragen zur Diskussion gestellt, betreffend das allgemeine Wahlrecht, die Stellung der Partei zu anderen Parteien, Arbeiterschutzgesetz, Nüchternheitsfrage, welche in Schweden eine große Rolle spielt, Minimallohn und Normalarbeitszeit, die Stellung der Frau zum Kampfe des Proletariats, Affordarbeit, Stellung der Partei zur Religion, die sachliche Organisation, die Art und Weise der Agitation, die Stellung des Soldaten zum Proletariat, und wurden darauf bezügliche, ganz im sozialdemokratischen Geiste abgefaßte Resolutionen mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität angenommen.

Der nächste Kongress wurde in Norrköping zu Ostern 1891 abzuhalten beschlossen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung war die Wahl der

„Vertrauensmänner“. Es wurden gewählt: Branting, Sterky, Palm, Engström (Stockholm), Danielson (Malmö), Erickson (Gothenburg) und Lundberg (Gefle).

### Segen der „Sozialreform“ für die Arbeiter.

r.— Wir finden in den Zeitungen folgende Notiz: „Segen die Forderung der Lohnerhöhung hat sich der Leiter der Krupp'schen Gießstahlfabrik, Geh. Finanzrath Jenke zu Essen, vor einiger Zeit in einem Vortrage im Essener Arbeiter- und Bürgerverein ausgesprochen, indem er hervorhob, daß für die Krupp'sche Gießstahlfabrik auf Grund des Kranken-, des Unfall- und des Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetzes sich die Beiträge bis zum Jahre 1935 auf die Summe von 1 095 700 Mark steigern.“ So! da haben wir es klar und deutlich, wer den Beitrag bezahlt, den das Gesetz den Betriebs-Unternehmern auferlegt. Er wird einfach den Arbeitern als Lohn angerechnet und sie dürfen dieses Beitrages wegen keine Lohnerhöhung fordern.

Der Herr Geheim Rath hat aber anzuführen vergessen, wie viel Prozent des ganzen Lohnes diese 1 095 700 Mark von dem ganzen in dem Krupp'schen Gießstahlwerke bis 1935 gezahlten Löhne sind und wie hoch sich der Verdienst des Herrn Krupp bis dahin aus der Arbeit seiner Angestellten und Arbeiter stellt. Nur im Vergleich mit diesen Zahlen kann man beurtheilen, ob die angegebene Zahl bedeutend ist oder nicht. Uns scheint, als ob hier das alte Taschenspielerstückchen geübt wird, wirtschaftlich nicht gerade sehr entwickelten Personen durch Zahlen, die einem einfachen Arbeiter deshalb groß erscheinen, weil er als Maßstab nur seinen Wochenlohn von 12 bis 15 Mark dagegen halten kann, Rebel vorzumachen, hinter welchem man die eigenen Geldinteressen in Sicherheit bringt. Eine Zahl oder Größe an und für sich ist weder groß noch klein, weder viel noch wenig. Erst wenn man sie in die richtige Vergleichung mit den zu ihr gehörigen Zahlen oder Größen setzen kann, ist man in der Lage zu beurtheilen, was die angeführte Zahl oder Größe für einen Werth hat.

Wir glauben, wenn man die 1 095 700 Mark in dieses rechte Licht stellt, wird man sofort erkennen, daß es sich um eine ganz unbedeutende Sache handelt, daß hierhalb die Arbeiter durchaus nicht verpflichtet sind, nun bis zum Jahre 1935, also fast 50 Jahre lang auf jede Verbesserung ihrer Lage zu verzichten.

Wenn das der „Segen“ der Sozialreform sein soll, eine Zurückhaltung jedes Kulturfortschrittes für die Arbeiter — denn dieser drückt sich in der Steigerung der Lebensbedürfnisse aus — dann wäre die Sache so gemeinschädlich, daß wir nur die Beseitigung all der aufgezählten Gesetze dringend verlangen könnten.

Es zeigt sich aber auch hier wieder, wie bei der heutigen falschen Wirtschaftsordnung selbst sogenannte „humane“ oder wie man sie auch nennt „praktisch christliche“ Bestrebungen immer im letzten Ende zum Schaden der wirtschaftlich Schwächeren, der Arbeiter besonders ausfallen, daß ihnen nur durch eine durchgreifende soziale Umformung zu helfen ist.

### Der Jhring-Mahlowprozeß

gegen die „Volkszeitung“ ist nunmehr definitiv aufgegeben und zwar „wegen Verjährung.“

Die „Volkszeitung“ benutzte diesen Anlaß zu folgendem Rückblick:

Im Februar 1886 hatte der Abgeordnete Singer im Reichstage die Thaten Jhring-Mahlow's enthüllt. Ein greller Lichtstrahl fiel auf das Treiben der Spitzel und enthüllte einen garstigen Flecken, den keine offiziöse Kunst mehr wegwischen konnte. Herr von Puttkamer erklärte Singers Darstellung für einen Ueberfall; falls sie wahr sei, versprach er die schärfsten Disziplinarstrafen gegen solchen Unfug.

Die Untersuchung gegen Jhring-Mahlow nahm einen eigenartigen Verlauf. Man verhörte nicht etwa die Zeugen — unnützer Ballast! — sondern erschloß die lauterste Quelle der Wahrheit, man fragte — den Angeeschuldigten. Dieser erklärte auf Ehre und Gewissen zu Protokoll, daß an den Bezeugungen, er habe wie ein agent provocateur gehandelt, kein wahres Wort sei. Der lange Spieß der Kriminaluntersuchung wurde umgedreht; er wurde nicht gegen den Beschuldigten, sondern gegen die Ankläger, nämlich die Gewährsmänner Singers, Berndt und Christensen gerichtet; das Schöffengericht erkannte gegen sie auf 6 Monate Gefängniß; Singer wurde ausgewiesen.

Aber nun nahm die Sache eine fatale Wendung. Das Berufungsgericht erneute die Beweisaufnahme und obwohl Jhring-Mahlow mit den vollen Baden der Ueberzeugungstreue als ein überaus pflichttreuer, wahrheitsliebender und verdienter Beamter hingestellt worden war, glaubte das Gericht den zahlreichen Zeugen, die das Treiben desselben schilderten; das Gericht gewann die Ueberzeugung, daß die dem Abgeordneten Singer gemachten Mittheilungen wahr seien und sprach Berndt und Christensen frei.

Schwärmer und Phantasten hätten nun glauben können, anlässlich dieses Urtheils der Strafkammer werde Jhring-Mahlow diszipliniert und Singer wieder zurückberufen werden. Weit gefehlt! Man durfte jenen nicht fallen lassen, denn mit ihm wäre das ganze kunstvolle Gebäude, das herrliche System der politischen Polizei rettungslos zusammengekracht. Da bot der Prozeß gegen die „Volkszeitung“ (welche die Angelegenheit sehr offen besprochen hatte) gerade eine erwünschte Handhabe; die Offiziösen suchten ihn zu verwerthen, um den dunklen Fleck der Jhring-Mahlow-Affaire, wenn auch nicht wegzuwischen, so doch zu verdecken und zu vertuschen. Eine erneute Beweisaufnahme, die von der Staatsanwaltschaft noch zu benennenden Zeugen“ sollten die Mohnwässer vollziehen.

Da kam ein Mächtigerer über sie. Während man die wankende Stütze des Gebäudes, Jhring-Mahlow, mit aller

Macht zu halten suchte, traf eine kaiserliche That das Haupt — Herr von Puttkamer verschwand von der Bühne, auf der man so oft seine „wahrhaft staatsmännischen“ Posen bewundert hatte. Was waren nun die Glieder ohne das Haupt? ... So fiel denn auch der Prozeß.

Daß die königliche Staatsanwaltschaft, der wir gern und aus Herzensgrunde das Zeugniß ausstellen, daß sie prompt und akkurat arbeitet, einen schwebenden Strafprozeß — der früher von ihr selbst als höchst dringlich bezeichnet wurde — der Verjährung verfallen ließ, steht vielleicht ohne Beispiel da und man könnte es bezweifeln, wenn es nicht vom Gericht als attemgemäß festgestellt worden wäre. Da ein anhängiger Strafprozeß nur durch ein Urtheil aus der Welt geschafft werden kann, hatte das Gericht unterm 19. September 1888 bei der königlichen Staatsanwaltschaft wegen der Akten, resp. wegen Anberaumung eines Termins angefragt. Die Akten waren aber als „unentbehrlich“ von der Staatsanwaltschaft nicht zu erlangen. Am 10. Januar und am 2. März fragte der Decernent nochmals an — die Gerichtsakten blieben aus; erst Ende März gelangten sie in die Hände des Gerichts mit dem gleichzeitigen Antrage der königlichen Staatsanwalt auf Einstellung des Verfahrens, weil nunmehr die prägeschlechte Verjährungsfrist abgelaufen sei.

Wie schade, wird mancher Angeklagte seufzen, daß das so selten vorkommt!

Die bereits vernommenen Zeugen bekundeten aufreizende Aeußerungen Jhrings: „Mit dem Parlamentiren ist es nichts, es müsse so gearbeitet werden, wie die Nihilisten in Rußland es thäten;“ „wenn sie nichts mit Dynamit machen wollten, wie in Zürich und Italien, ist es nichts;“ „vor der Berathung des Sozialistengesetzes müsse noch ein Putz veranfaßt werden“ u. dergl. Die von ihm ausgestoßenen Majestätsbeleidigungen lassen sich nicht wiedergeben.

Mehr aber, als diese Ergebnisse des Prozeßes bedeutet das Schweigen der Anklagebehörde, welches die Verjährung herbeiführte und welches in der That berechtigt ist, als alle Stimmen der Presse für oder wider Jhring-Mahlow.

### Politisches und Sozialpolitisches.

Wir finden in verschiedenen Zeitungen erwähnt, daß die Arbeiter, welche dem Reichsversicherungsamte angehören, auch der Eröffnung der Unfall-Ausstellung in amtlicher Eigenschaft beigewohnt haben. Dagegen haben wir nichts zu erinnern, das ist ihr Recht wenn sie da „zugelassen“ werden, auch hinzugehn. Wir müssen aber ganz entschieden dagegen Einsprüche erheben, daß diese Herren in den Zeitungen hingestellt werden als „Arbeitervertreter, die von den Arbeitern gewählt sind.“ Diese Mitglieder des Reichsversicherungsamtes sind nicht von den Arbeitern sondern nur von den Vorständen der Zwangs-Krankenkassen, die dazu von den Arbeitern durchaus keine Vollmacht haben, auf Grund des Unfall-Versicherungsgesetzes gewählt. Da diese Kassenvorstände ihrer ganzen Zusammensetzung nach durchaus nicht als Beauftragte der Mehrheit oder nur eines größeren Theiles der Arbeiter anzusehen sind, so haben die Arbeiter-Schlichter des Reichsversicherungsamtes so wenig ein Recht, sich als „Arbeitervertreter, die von den Arbeitern gewählt sind“, hinzustellen, als die Theilnehmer an dem berühmten Fadelzuge in Breslau Arbeitervertreter waren. Dies zur Nichtigstellung des Thatbestandes.

Ueber den Polizeioberinspektor Wohlgermuth bringt das „Zürch. Volksbl.“ folgende zusammenfassende Mittheilungen:

„Schon seit einer Reihe von Jahren hat Wohlgermuth wiederholte Versuche gemacht, sich das Vertrauen von Arbeitern zum Zweck der Polizeispionage zu erwerben.“

Mit raffinierter Berechnung suchte er sich zu diesem Behufe solche Personen heraus, welche mit zahlreicher Familie geübt und ökonomisch überhaupt ungünstig gestellt sind. In einem Brief an einen Sozialdemokraten verweist er auf die Un dankbarkeit der Partei und apostrophirt ihn, da er seine Offerten abschlägig beschied, mit den Worten: „Sie sind ein großer Esel!“

In neuerer Zeit wandte er sich an den Sozialdemokraten Schneider Luz in Basel, welcher nach der Darstellung der „Arbeiterstimme“ nur scheinbar auf die Propositionen Wohlgermuth's einging, mit der Absicht, denselben zu entlarven, nach einer anderen Version jedoch selbst kompromittirt erscheint und deswegen ebenfalls ausgewiesen worden ist. Klaffend ist der Briefwechsel Wohlgermuth's mit Luz. So schreibt er ihm u. A.: „Seien Sie doch nicht so dumm, arbeiten Sie für uns, thun Sie's nicht, so thut's ein Anderer. Ich bin ja selber für Eure Bestrebungen, von denselben kann man aber nicht leben und darum muß man eben nehmen, was kommt. Wenn Sie brav wählen und berichten, kommt es uns auf das Geld nicht an, es steht uns solches für allerlei Zwecke genügend zur Verfügung.“ Das ist, wie man sieht, der Stil des agents provocateur in typischer Reinkultur.

Nach dem deutschen „Reichsanzeiger“ erklärte der Inspektor Wohlgermuth in Berlin folgendes zu Protokoll:

„Es ist richtig, daß ich in dem Briefe vom 5. April d. J. die Redensart brauchte: „Halten Sie mich beständig auf dem Laufenden und wählen Sie nur lustig darauf los.“

Mit dieser Redensart wollte ich den Luz durchaus nicht zu einer agitatorischen Thätigkeit auffordern; sie sollte ihn nur anfeuern, seine Informationen aus allen Ecken und Enden herauszuwählen und mir Bericht zu erstatten.“

Da Herr Wohlgermuth diese Auslegung auf seinen Amtseid genommen hat, so muß man sie allerdings wohl glauben — wenngleich die Ausdrucksweise des Herrn Wohlgermuth dabei in etwas eigenthümlichem Lichte erscheint. Auch sonst scheint Herr Wohlgermuth ein etwas absonderlicher Herr zu sein. Während er bei seiner Bernehmung im deutschen auswärtigen Amt unter Berufung auf seinen Diensteid erklärte, daß er in Rheinfelden wie ein gemeiner Verbrecher behandelt wurde, hat,

wie der „Bund“, das Organ der Schweizerischen Bundesbehörde, halbamtlich berichtet, Wohlgenuth am 30. April bei seiner Entlassung aus dem Gefängnisse in Rheinfelden vor glaubwürdigen Zeugen sich freiwillig dahin ausgesprochen, „daß er mit seiner Behandlung, sowie mit der Kost vollständig zufrieden sei und keine Ursache zu Klagen habe.“

Auch in Belgien stehen augenblicklich schlimme Spitzelenthüllungen auf der Tagesordnung. Sieben und zwanzig Mitglieder der (sonderbündlerischen Defuisseauxschen) „sozialistisch-republikanischen Arbeiterpartei“ von denen fünf flüchtig sind, sind dort vor dem Schwurgericht zu Mons angeschuldigt, eine Verschwörung zum gewaltsamen Umstürze des Staates angestiftet zu haben. Neunzehn Advokaten (unter ihnen die hervorragendsten Belgiens, wie die Herren Janson, Robert und Picard aus Brüssel, Burtet aus Nivelles, Englebienne aus Mons, Destree aus Charleroi) haben die Verteidigung der Angeklagten übernommen. Noch bevor dieser Prozeß, dessen Verhandlungen 14 Tage in Anspruch nehmen werden und für welchen bis jetzt 151 Zeugen, darunter die höchsten Staatsbeamten, vorgeladen sind, seinen Anfang genommen hat, werden durch die Verteidigung amtliche Schriftstücke, welche in allen Kreisen Belgiens Aufsehen und nicht geringe Enttäuschung hervorrufen, in allen Zeitungen veröffentlicht. Es

geht daraus auf Grund amtlichen Materials hervor, daß nicht nur im Solde der öffentlichen Sicherheitsbehörde stehende agents provocateurs an der Verschwörung die Hauptbetheiligten sind, sondern daß auch zwei Minister, der Finanzminister Herr Veernaert und der Minister des Innern Herr Devolder, „zur Rettung der Gesellschaft“ mit denselben in Verbindung gestanden haben. Die Verteidigung veröffentlicht die vollständigen Protokolle über die Vernehmung des ersten Beamten bei der Verwaltung der — öffentlichen Sicherheit, des Herrn Paul Notesteers, vor dem Untersuchungsrichter. Seine Aussagen sind, obwohl er vorweg erklärt, er könne nur „einen Theil der seiner Verwaltung anvertrauten Geheimnisse“ verrathen, sehr belastend. Aus ihnen geht hervor, daß der Präsident des sozialistisch-republikanischen Kongresses, dessen Verlauf die Grundlage der Anklage bildet, Laloi, schon seit Mai 1887 im Dienste der öffentlichen Sicherheit gestanden hat. Er forderte die Republik auf; als Sekretär der Arbeiterliga in Chätelinau und als einer der Anhänger des Agitators Defuisseaux in die Arbeiterverhältnisse eingeweiht, konnte er viel verrathen. Für jede Mittheilung erhielt er „je nach ihrer Wichtigkeit“ eine besondere Bezahlung. Noch erbaulicher ist die Rolle des Buchdruckereibesetzers Léonard Pourbaix in La Louvière. Derselbe war, wie aus den Protokollen hervor-

geht, ein vortrefflicher Agitator für kirchliche Wahlen. In Folge dessen stellte der kirchliche Senator Herr Cornet denselben dem Minister des Innern vor. Dieser trat mit Pourbaix, welcher dem Syndikate der Arbeiterverbände im Centre angehörte, in nähere Verbindung und empfahl ihn der öffentlichen Sicherheit, die ihn unter Bewilligung anständiger Honorare für ihre Zwecke ausnutzte. In seiner Druckerei wurden die Brandaufrufe an die Arbeiter, auch der berühmte Anschlag, welcher die Arbeiter des Centre zum Marsche gegen die 10000 Arbeiter des Centre aufreizte, gedruckt. Gleichzeitig machte Pourbaix „im öffentlichen Interesse“ dem Finanzminister persönlich „sehr wichtige“ Mittheilungen. — Schon sofort nach der Verlesung der Anklageschrift traten die Verteidiger scharf auf. Herr Janson erklärte vorweg, daß „das Verfahren der Sicherheitsbehörden eine Schmach für Belgien und der Prozeß ein wahrer Skandal für das Land ist“

Alle Geldsendungen, Bestellungen, sowie auf geschäftliche Angelegenheiten bezüglichen Briefe bitten wir stets an die Expedition der „S. B.“ zu adressiren — alles den Inhalt des Blattes Betreffende an die „Redaktion“ — alles Persönliche an Herrn Max Schippel. Durch genaue Einhaltung dieser Adressirung werden viele Verspätungen und Irrthümer vermieden.

## Cigarren, Tabak und Cigarretten

von **Otto Kräcker,**

vorm. Fritz Kunert,  
44. Prinzen-Strasse 44.

## Schuh- und Stiefelwaarenlager

von **Klinger und Grossmann,**

Waldemarstraße 65a (früher Trainfaserne).

**Quittungsmarken & Kautschukstempel-Fabrik**  
von **Conrad Müller**  
Schkenditz-Leipzig  
empfiehlt sich allen Arbeitervereinen, Krankenkassen u. s. w.  
Ausführung sauber und schnell.  
Preislisten gratis und franko.

**Cigarren u. Tabake**  
reichhaltiges Lager  
von **O. Klein.**  
15. Ritterstraße 15.  
Dabei selbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceur (E. S. 60.)

**Cigarren u. Tabake**  
reichhaltiges Lager,  
empfiehlt  
**M. Wilschke,**  
Junckerstr. 1, Ecke d. Markgrafenstr.

**Wendt's Restaurant**  
Dresdenerstraße 116.  
Inh. **W. Gründel.**  
Arbeitsnachweis für Maler, Tischler, Schlosser, Buchbinder, und Drechsler.  
Reichhaltiger Frühstück-, Mittags- und Abendtisch.  
Speisen à la carte zu jeder Tageszeit, sol. Preise.  
Vorzügliches Weiß- und Vairisch-Bier.  
2 franz. Billards und 2 Kegelbahnen stehen zur Verfügung.

**Arbeitsnachweis für Tischler.**  
Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich vom 1. Februar ab **Dresdenerstraße 116,** im Restaurant **Wendt.** Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da die die vier Kassiren der „Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortarbeiter Berlins“ verpflichtet haben, sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten, ersuchen wir, nur den obengenannten Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Vorstand.

**Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.**  
**Der Arbeitsnachweis** befindet sich **Dresdenerstraße 116** bei **Wendt.** Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich, auch an Nichtvereinsmitglieder und geschieht an Wochentagen von 7—9 Uhr Abends, Sonntags von 10 bis 12 Uhr Vormittags.

**Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verw. Berufsge nossen.**  
Filiale I. S.  
Dienstag, den 14. Mai, in **Wendt's Restaurant,**  
**Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Die Erhaltung des menschlichen Körpers im Dienste der Arbeit. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
2. Vereinsangelegenheiten.  
3. Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
J. A.: Die Bevollmächtigten.

**Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin**  
von **Julius Apelt,** Sebastianstraße 27-28.  
Neelle Waare. Prompte Bedienung.

Die von Mitgliedern des Fachvereins gegründete **Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin (E. G.)**  
**30 Zimmerstrasse 30**  
empfiehlt sich einem geehrten Publikum zur Anfertigung von Herren-Garderoben jeder Art. Reichliche Auswahl in- und ausländischer Stoffe.  
Neelle Bedienung, guten Sitz, solide Preise garantiert der Vorstand.  
Gleichzeitig machen wir auf unser reichhaltiges Lager: Frühjahr- und Sommerpaletots, aufmerksam. Um zu räumen herabgesetzte Preise!

**Bebel u. Liebknecht auf einem Bilde.**  
Preis 50 Pf. Wiederverkäufern Rabatt. Zu haben bei **R. Kahlhardt,** Brandenburgstr. 56.

**Große General-Versammlung**  
**sämmtlicher Berliner Lokal-Verbände**  
„Verband deutscher Zimmerleute“  
Sonntag, den 12. Mai cr., Vormittags 10 Uhr  
in **Heidrich's großem Saale,** Beuthstr. 20/21.  
Tages-Ordnung:  
Endgültige Beschlussfassung über: **Wann tritt unsere Forderung in Kraft** und in welcher Weise ist die eventuelle **ArbeitsEinstellung** vorzunehmen und einzuhalten?  
Da vorstehende Versammlung nur für Mitglieder ist, so ist als Legitimation das Mitgliedsbuch unbedingt vorzuzeigen.  
Angesichts der wichtigen Tages-Ordnung erwarten wir das Erscheinen eines jeden Mitgliedes.

**Große öffentliche Versammlung**  
der **Maler und Anstreicher Berlins**  
Freitag, den 17. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in der **Tonhalle,** Friedrichstr. 112.  
Tagesordnung:  
1. Unsere Forderungen und wie stellen sich die Arbeitgeber zu denselben?  
2. Bericht der Lohnkommission.  
Die Herren Arbeitgeber sind zu dieser Versammlung eingeladen.  
Zur Deckung der Unkosten findet eine Teller-Sammlung statt.  
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet  
**Die Lohnkommission.**

**Verband deutscher Zimmerleute**  
(Lokalverband Berlin W.)  
Montag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, in **Sange's Saal,** Steglitzerstr. 27.  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Lär.**  
2. Verschiedenes und Fragelasten.  
Gäste haben Zutritt.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
**S. Ortland.**

**Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen.**  
Montag, den 13. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in **Feuerstein's oberem Saal,** Alte Jakobstr. 75.  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn **L. H. Glocke** über: **Niedergang des Kleinhandwerks.**  
2. Aufnahme neuer Mitglieder.  
3. Ergänzungswahl der Arbeitsnachweis-Kommission.  
4. Bericht des Vergütungskomitees.  
5. Verschiedenes und Fragelasten.

**Berksammlung**  
sämmlicher in der **Tabak-Branche** beschäftigten **Arbeiter und Arbeiterinnen**  
**Berlins**  
Dienstag, den 14. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im **Königsstadt-Kasino,** Holzmarktstr. 72.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Delegirten vom **Tabakarbeiter-Kongress.**  
2. Abrechnung der Kommission.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
**Die Kommission.**  
J. A.: **Louis Dehaud,** Elsfasserstr. 15.

**Metallarbeiter**  
**Berlins und Umgegend.**  
Montag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr,  
**Große öffentliche**  
**Metallarbeiter-Versammlung**  
in **Sandersoni,** Kottbuserstr. 4a.  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Metallarbeiter zu der großen Lohnbewegung in diesem Jahre?  
Referent: Herr **Gottfried Schulz.**  
2. Eventuell Wahl einer Kommission.  
3. Verschiedenes.  
**Der Einberufer.**

**Fachverein der Tapezirer Berlins.**  
Montag, den 13. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in **Feuerstein's Salon,** Alte Jakobstraße 75,  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag und Diskussion über die Entwicklung des Tapezier-Gewerbes in den letzten 40 Jahren. Ref.: **Kollege Nikolaus.**  
2. Bericht vom **Arbeitsnachweise-Bureau.**  
3. Vereinsangelegenheiten. Fragelasten.  
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.  
Am 15. Mai (Vahstag) findet eine große **Herren-Partie** nach **Friedrichshagen-Grünau** statt. Treffpunkt: **Schleissches Thor.** Abmarsch punkt 7 Uhr früh.  
Der **Bibliothek-Abend** wird am 20. Mai bei **Freigang,** Schützenstr. 18/19, eröffnet.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**

**Der Arbeitsnachweis**  
der **Klavierarbeiter**  
befindet sich nach wie vor **Waldemarstr. 61** im **Restaurant Pfister.** Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder wie auch an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

**Arbeitsnachweis der Maler**  
früher **Ritterstr. 123** bei **Sodite,** jetzt **Dresdenerstr. 116** (**Restaurant Wendt**).  
Jeden Abend von 8—9 Uhr (außer Sonnabends) und Sonntags Vormittag von 10—12 Uhr unentgeltliche Arbeitsvermittlung.  
**Die Bevollmächtigten der Filiale I,**



niedrig; es schadet dieser Ehre aber durchaus nicht, wenn er mit einem der „Politiker“ zusammen speist, welche jenen Plebs bei der Wahl bestechen, die also eigentlich Zuchthauskandidaten sein müßten. Die Ehre bringt es mit sich, stolz auf seine Verwandten zu sein, wenn dieselben sich in günstigen Umständen befinden, und wenn sie ihr Vermögen auch durch die schmutzigsten Praktiken gewonnen haben; aber sich über sie zu schämen, wenn sie arm sind, ob sie auch keine Schuld daran haben oder durch ihr Ehrgefühl in die schlechte Lage gekommen sind.

Aber wann sollten wir enden, wenn wir Alles aufzählen wollten, was man an Schlichkeiten verüben kann, ohne in der heutigen Gesellschaft die Ehre zu verlieren!

Wann wird die Ehre darin bestehen, jeden Nebenmenschen als gleichberechtigt anzuerkennen, worauf allein die wahre Ehre beruht?

Wann werden alle die heutigen falschen Ehrbegriffe, die auf der miserabelsten Heuchelei beruhen, beseitigt werden?

Erst dann, wenn die Ausnutzung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, auf der alle jene „konventionellen Lügen der Kulturmenschen“, alle jene Standesvorurtheile, alle jene argen Ausgeburten des heutigen verzweifeltsten Kampfes um das Dasein begründet sind.

Dann erst wird man keine beschönigenden Worte mehr nötig haben für Dinge, die in ihrem Wesen das Gegenheil von dem sind, als was man sie bezeichnet. Dann erst wird der wahre Sinn des Wortes Ehre zur Geltung kommen.

Die Ehre des Menschen ist es alsdann, Mensch zu sein!

## Verbrechen und Geistesstörung.

### II.

In seinen weiteren Ausführungen rügt Benedikt mit Recht, daß der Richter nach dem Wortlaut des (inzwischen Gesetz gewordenen) italienischen Entwurfs den Verbrecher nach seinem Ermessen in ein Irrenhaus überführen kann. (Il giudice può ordinare che dio ricoverato in un manicomio criminale o commune.) Das ist Kaufschularbeit!

Ferner tritt er ein für Scheidung der Verbrecher in solche, welche mit moralischem Irresein behaftet sind — die will er dem Gefängnis zuweisen, — und in solche, welche im Momente der That betreffs ihres Bewusstseins klinisch-pathologisch getrübt sind — die allein seien dem Irrenhaus zu überweisen.

Scheide man nicht so, dann entstehe „die Gefahr, daß die Gefängnisse leer stehen und die Irrenhäuser überfüllt sein würden,“ weil die überwiegende Mehrzahl der Verbrecher für irgend wie geistig gestört erklärt werden müßten.

Eine „Gefahr“ sehe ich nun in der Vermehrung der Irrenhäuser und Verminderung der Gefängnisse durchaus nicht! Dies scheint mir geradezu eine sittliche Nothwendigkeit!

Interessant sind die Einzelfälle, welche angeführt werden für Verbrechen, welche begangen wurden von Menschen, die an cykloiden (in bestimmten Pausen wiederkehrenden) Irreformen litten.

In einem südtirolerischen Gefängnis traf Benedikt einen Mann, der wiederholtlich wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung eingesperrt worden war und endlich mit dem Anstaltsdirektor seinen ständigen Verbleib im Gefängnis vereinbart hatte, um „nicht immer wieder vor Gericht geschleppt zu werden und die Aufregungen der Untersuchungshaft mitzumachen. . . Wäre der Unglückliche aus gutem Hause gewesen, hätte er einen guten Verteidiger zahlen können, so wäre er vielleicht allen Repressionen entgangen, weil man vielleicht gleich bei der ersten Anklage die pathologische Natur des Delictes erkannt hätte.“

Dazu macht der Verfasser den Urhebern des italienischen Strafgesetzbuches ein wohlverdientes Kompliment, daß sie das Delikt der Gotteslästerung „ausgeschaltet“ haben, und knüpft daran die Bemerkung:

„Es giebt auch keine größere Blasphemie als die Aufbietung von Polizei und Gericht zum Schutze der Ehre Gottes, der Donner und Blitz, Erdbeben, Ueberschwemmungen und Kometen zu seiner Disposition hat. Es ist wohl kein Zweifel, daß die Gotteslästerung an und für sich in jedem zivilisirten Lande bald aus dem Strafbücher verschwinden wird.“

Wir gestatten uns einige Zweifel, daß aus unserem berühmten § 166 der betreffende Theil („Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, ein Aergerniß giebt u.) so bald aufgegeben werden dürfte! Deutsche wie österreichische Richter sind derzeit, nach Benedikt's Ausführungen, nicht in der Lage, wie ihre italienischen Kollegen, einen solchen Verbrecher (wie den oben genannten) „nach natürlichen Verhältnissen zu behandeln.“

So fand Benedikt einen Beleidigungs- und Verleumdungsfanatiker, für den sachverständige Untersuchung gerade durch seinen Ankläger herbeigeführt wurde, die er (Benedikt) selbst vornahm und einen so efflatanten Fall geistiger Störung feststellte, „der selbst dem schlichten Verstand eines Laien nicht entging.“ Er sah sich veranlaßt, „die Unvollkommenheit der Ausbildung unserer (österreichischen!) Richter zu besprechen, die das nicht erkennen und sich weigern, darüber ein sachmännisches Gutachten einzuholen.“

Die veranlaßte Wiederaufnahme des Verfahrens rechtfertigte Benedikt's Hoffnung nicht, daß man sich „zu einer Läuterung und Klärung durch sachliche sachmännische und streng sachliche Erörterung — und Besserung des Gesetzes natürlich infolge dessen! — verstanden hätte!“

Gewisse Sittlichkeitsverbrechen sind ebenfalls hierher zu ziehen, die nach Benedikt oft von „hervorragenden Persönlichkeiten aus angesehenen Kreisen hervorgehen; und deshalb wissen die Annalen der Polizei viel mehr davon zu erzählen als die Annalen des Gerichts.“

Wir sehen also wieder, wie oben im ersten Falle: für den Armen die Strafe, für den Begüterten und Angesehenen die Repression in weit milderer Form!

Mit Recht wendet sich Benedikt auch dagegen, daß der Richter, der mit diesen medizinischen Dingen heute viel zu wenig vertraut ist — entscheidet, ob der irre Verbrecher in ein gewöhnliches Irrenhaus kommt oder in das Manicomio criminale. Es sei gefährlich für die gewöhnlichen Irren, zu ihnen Verbrecherisch-Kranke zu stellen; das sei nur ausnahmsweise angebracht.\*)

Wie aber Benedikt empfiehlt, den Psychiater mehr zur Gerechtigkeitspflege heranzuziehen, so gesteht er dem Richter auch eine Curatel über die in Irrenhäusern untergebrachten Verbrecher zu. Auch Entlassung in die Familien unter Verantwortlichmachung des Hausarztes durch Eid, sieht Benedikt vor. Bei nötig werdender Ueberführung eines Verbrechers aus einer Anstalt in die andere, z. B. bei einem Irrthum des Psychiaters zurück ins Gefängnis, soll nichts administrativ geschehen, sondern auf Grund richterlicher Entscheidungen, die auf Grundlage von Sachurtheilen gefällt werden müssen.

Treffend ist die Bemerkung: „vom Künstler verlangen wir, daß er uns das psychologische Gesetz darlege, nach dem nothwendig jedes Verbrechen begangen werde, und vom Richter, daß er annehme, es gebe keine solche Gesetze!“

Benedikt wendet sich aber auch gegen den Mißbrauch, d. h. die nicht genügend begründete Annahme von Irresein. Er sagt wörtlich: „Damit ist zunächst der Uebelstand geschaffen (in Hinblick auf die lockere Erklärung der „verminderten Zurechnungsfähigkeit“ in § 48 des italienischen Gesetzes), daß jeder reiche Verbrecher, der einen berühmten Verteidiger zahlen kann, milder beurtheilt werden wird als ein Armer.“ Ebenso wie oben auf das umgekehrte Verhältnis der nämliche Satz angewendet ward. — Je mehr psychologischer Zwang den Verbrecher zur Handlung treibt, desto stärker muß die schützende Repression sein, denn desto gefährlicher ist der Mensch für die übrige Gesellschaft. Auch ist bei einem thatsächlich und endgültig degenerirten Individuum ja die Erziehung zum Normalen ganz unwahrscheinlich. In einer zweiten Prosküre spricht Prof. Benedikt über diesen Punkt den Satz aus: „Es ist dies gewiß eine tröstliche Thatsache, wenn wir bedenken, daß gerade die entsetzlichsten Verbrechen nicht gesunkene, sondern für ihre That prädestinirte Individuen sind.“\*\*)

Freilich darf sich die Gesellschaft bei dieser erfreulichen Thatsache nicht beruhigen, sondern sie muß durch vernunftgemäße Organisation, Wohlfahrtsvorkehrungen, Maßregeln gegen Verarmung, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, das Elend und den Mangel, diese wirksamen Förderer physischer und geistiger Zerrüttung ernstlich und nachdrücklich bekämpfen!

Benedikt hat den Großiegelbewahrer von Italien aufgefordert, die nöthigen Abänderungen im Entwurfe des neuen Strafbücher vorzunehmen, wohl ohne Erfolg. Ein Mitglied des italienischen Parlaments hat ihm freilich auch eingewendet, seine Kollegen seien für eine solche gehobene Anschauung der Dinge nicht reif. —

Wer wüßte nicht, daß von Volksvertretern der in Klassen zersplitterten Staaten der Gegenwart nicht immer — um nicht zu sagen selten — auf der Höhe des vorhandenen Wissens stehende Gesetze geschaffen werden? Wir brauchen nur auf die zahllosen Mängel und Lücken der Gesetze bei uns hinzuweisen, welche die Arbeiter berühren — oder besser nicht berücksichtigen in gefährlichem Maße, oder geradezu verlären und drücken.

Daß der Arme und Arbeiter beim derzeitigen Stand der Kriminalistik zu kurz und zu schlecht wegkommt in solchen Fragen, wo die Psychiatrie mit zu Rathe zu ziehen wäre, das ist nach Benedikt's Ausführungen vollkommen klar. Klar ist auch, daß die angewandte Psychologie d. h. die Psychiatrie in weit umfangreicherer Weise von der Kriminalistik zu Hilfe gerufen werden müßte. Mit Recht behauptet — gewiß auch für unsere reichsständischen Verhältnisse! — Benedikt, daß das bischen gerichtliche Medizin, welches Ankläger, Richter und Verteidiger lernen, bei ihrer „unnatürlichen Erziehung“ nichts nützt, „da es aus einer Zeit herkommt, wo noch keine Kliniken existirten.“ Wie der strenggläubigste Krieger wisse, daß sein Gott sich den Gesetzen der Ballistik (Lehre vom Wurf) füge, so habe auch der Jurist zu lernen, seine Arbeiten nicht nach metaphysischen Glaubenssätzen einzurichten, sondern nach biologischen Erfahrungen. Die metaphysische, künstliche Moralphilosophie habe einem natürlichen System zu weichen bei so sehr ins materielle Leben einschneidenden Handlungen, wie die der Kriminalistik es seien.

Ganz begreiflich wird das alte metaphysische System dazu verfahren, den Angeklagten gegenüber in den Fehler des Generalisirens zu verfallen; eine Psychologie auf materialistischer Grundlage verlangt, daß man individualisire, d. h. der Organisation des bestimmten Einzelnen auf die Rätze fühlt, ob sie in Ordnung oder ob etwas mangelhaft ist.

Aus naheliegenden Gründen verlangt Benedikt auch

\*) Interessant ist es, zu erfahren, daß in Belgien der oberste Chef des Gefängniswesens das Recht hat, jeden Irren aus dem Gefängnis in's Irrenhaus überführen zu lassen, sobald er es für angezeigt hält.

\*\*\*) Biologie und Kriminalistik nach einem Vortrage in der Wiener juristischen Gesellschaft. März 1886.

von jedem Gefängnisarzt psychiatrische Bildung; der Beobachtung im Gefängnis legt er mit Recht ganz bedeutende Wichtigkeit bei.

Manfred Wittich.

## Nationalökonomische „Irrlehren“.

### II.

p. k. Ist nun die Leitung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse einzig und allein das Werk der Intelligenz einiger Privatkapitalisten? Hängt, so fragen wir diese Herren, die Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs und die wirtschaftliche Befriedigung derselben nur von der Intelligenz des Kapitalisten, von seiner geistigen Arbeit ab?

Um die Bedürfnisse des Marktes festzustellen, braucht der moderne Kapitalist einen ganzen Stab von Agenten und Reisenden. Und um diesen zu unterhalten, bedarf es der Kapitalien und abermals der Kapitalien. Die Versorgung der Gesellschaft mit wirtschaftlichen Gütern wiederum ist nur eine Geldfrage. Je mehr Arbeitskräfte und Arbeitsmittel er in seine Hand zu vereinigen weiß, je mehr Aussicht hat er, den Markt durch billige Preise zu beherrschen. Geniale Gedanken bringen nicht die Goldströme Kaliforniens in Fluß und leiten sie in die Tasche der Kapitalisten, sondern die große Kollektivkraft der Arbeiter des Produktions- und Zirkulationsprocesses. Mit den besten Gedanken kann der begabteste Unternehmer verhungern, wenn er nicht über diese große gesellschaftliche Macht gebietet. Dieser verdankt der Kapitalist seinen Kapitalgewinn, sein riesiges Einkommen. Dem Kommando über gesellschaftliche Mächte, über gesellschaftlich zusammenarbeitende Arbeitermassen und gesellschaftlich ausgebeutete Arbeitsmittel, also ihren ökonomischen Nachmitteln, nicht ihrer Intelligenz, schuldet die Kapitalistenklasse ihre ebenso machvolle wie vortheilhafte soziale Position. Ihre Kapitalien sind das Produkt fremder gesellschaftlicher Arbeit, nicht der eigenen.

Zu diesem Resultate mußten wir schon nothwendig gelangen, wenn wir die Ergebnisse der Einkommensstatistik mit klarem, von keinem Parteistandpunkte geträubtem Blicke betrachteten. Wir erfahren daraus, daß eine übergroße Masse der gesammten Bevölkerung — 41 Prozent sämtlicher Jesuiten — kaum die nothwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen kann, und daß dieselbe mit ihren 400 Mark durchschnittlichen Einkommens fast unter dem Niveau der in einem Volke gewohnheitsmäßigen Lebenshaltung steht. Hunderttausende von Hausindustriellen, Millionen von ländlichen Arbeitern, namentlich von Einliegern, vegetiren nur bei Kartoffeln, Schnaps und Schwarzbrot fort. Ja das grausige „eherne Lohngesetz“ ist sogar für bestimmte Schichten der Bevölkerung ein ganz abscheulich-schönfärblicher Ausdruck für ihre wahre Klaffenlage. Wir erfahren z. B. von der oberösterreichischen Bevölkerung, daß sie noch nicht  $\frac{1}{4}$  der wünschenswerthen Eiweißstoffe und nicht die Hälfte der erforderlichen Fettstoffe zu sich führt.\*\*) Und was sagt uns der Geheimrath Professor Schmoller von der Lage des Landproletariats im Osten Deutschlands!

„Der ganze Osten der preussischen Monarchie hat zu große Güter und ein zurückgebliebenes, für die technischen Fortschritte hinderliches Proletariat, das kaum in besserer Lage ist, als seine Großeltern im Jahre 1800 waren, theilweise durch die Geldwirtschaft und die Separationsgesetzgebung sich sogar erheblich verschlechtert hat.“\*\*\*)

Kann man da von einer gewohnheitsmäßigen Lebenshaltung noch sprechen, wenn dieselbe in einer Zeit der größten gesellschaftlichen Fortschritte und der allgemeinen Hebung der Lebenshaltung noch auf dem Niveau von 1800 steht?

Gerade diese eigenthümliche Organisation der Gesellschaft, welche die wirklichen Produzenten des gesellschaftlichen Reichthums auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse beschränkt und denselben nicht die Fortschritte der gesteigerten Produktivität der Arbeit zu Gute kommen läßt, ist die wahre Grundlage der Kapitalgewinne. Diese heutigen ungeheuren Reichthümer müssen von der gesammten Gesellschaft erarbeitet werden, denn sie fallen nicht wie die Wachteln in der Wüste vom Himmel. Aber nur, weil eben wenige Hände sich darnach ausstrecken können, sind sie voll überall.

Dieser eigenthümlichen Organisation der Gesellschaft und nicht ihrer Genialität verdanken die Kapitalisten ihre Reichthümer. — Weiter ist die heutige Produktion und Konsumtion und die Ordnung derselben gar nicht das Werk der Kapitalisten. — Lieft man die romanhaften Darstellungen der bürgerlichen Nationalökonomien über diesen Gegenstand, so erhält man fast den Eindruck, als hänge die gesellschaftliche Produktion und Konsumtion einfach von der Willkür der Kapitalisten ab, als könnte sie von denselben einfach beliebig erweitert und verengt werden. Nun sind aber die Bedürfnisse der Lohnarbeiterklasse vermöge ihrer sozialen Klassenstellung auf das Engste an die Höhe ihrer Löhne geknüpft; die Lohnarbeiter können nur eine bestimmte Menge von Lebensmitteln und billigen Luxusartikeln in ihren Konsum übergeben lassen.

Die Lebenshaltung der Kapitalisten hängt von der Größe ihrer Kapitalgewinne ab. Auch die Konsumtion dieser Klasse hat also bestimmte, allerdings nicht so eng gezogene Grenzen. Die Konsumtion der Gesellschaft ist also in einem gegebenen Augenblicke vollkommen bestimmt. Mit hin auch der Absatz der Kapitalistenklasse. Es handelt sich nur darum, ob dieser oder jener Kapitalist, ob Peter oder Paul vorzugsweise für denselben zu sorgen hat.

\*) Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung. 5. Jahrgang.

\*\*\*) Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung u. 6. Jahrg. VI

Und dieses richtet sich nach der sozialen Machtstellung des Peter oder Paul, nach dem Umfang seiner Produktion.

An ganz bestimmte gesellschaftliche Bedingungen ist also die Produktion und Konsumtion geknüpft, denen sich die Kapitalisten einfach anzubequemen haben, von denen sie beherrscht werden. Kann man da von der Leitung derselben durch diese Gesellschaftsklasse im Ernste reden? — Lassen wir also die bürgerlichen Nationalökonomien ruhig ihre Lobreden über die vortreffliche Organisation der heutigen Wirtschaft halten, die Krisen werden eine deutlichere und überzeugendere Sprache reden.

## Der pneumatische Meißel.

Eine Erfindung und ihre Folgen.

□ Eine Erfindung macht seit kurzer Zeit besonders in den Kreisen der Steinmetzen von sich reden. Es ist nämlich einem Amerikaner Mac Coy gelungen, ein Werkzeug zu konstruieren, das, getrieben durch zusammengebrückte Luft, einen Meißel in ganz erheblicher Schnelligkeit auf und nieder stoßt und sich wohl geeignet darstellt, den Schlag des Steinmetzen mit dem Klopsholze gegen den Meißel so zu vervielfältigen, wie etwa die Nähmaschine die Nadelschläge des Schneiders vermehrt hat.

Das Prinzip ist im Allgemeinen nicht neu. Schon lange wurden Steinbohrer, durch Luftdruck betrieben, bei Tunnelbauten und in Bergwerken verwendet, die ungefähr ähnlich arbeiteten, wie M. Coy's pneumatischer Meißel. M. Coy's Verdienst besteht darin, das Instrument kleiner, handlicher und vielleicht weiter brauchbar gemacht zu haben.

In der Hauptsache ist es folgende Einrichtung: Ein Hammer, der sich in einem Zylinder, so groß wie etwa der Körper einer Klystierspritze (man verzeihe den Vergleich, aber die ganze Maschine erinnert in Größe und Form an dieses Instrument) sehr schnell auf und nieder bewegt, schlägt auf den Kopf eines Meißels, der wie die Spitze der Klystierspritze aus dem Körper hervortragt. Der Meißel wird nach jedem Schläge durch eine geeignete starke Spiralfeder wieder gehoben. Der Weg des Meißels beträgt nur etwa 10 Millimeter, mehr ist auch nicht nötig, und die Schläge erfolgen so schnell, daß man nur ein Summen, aber keinen einzelnen Schlag hört.

Der Meißel wurde im vorigen Jahre, wie in den Zeitungen stand, bei der Belgischen Ausstellung in Antwerpen vorgeführt. Es wurde dort, wie man sagt, von einem mit dem Meißel eingeweihten Bildhauer ein Relief-Portrait in wenigen Stunden in Marmor ausgeführt.

Ganz selbstverständlich waren besonders im Steinmetzgewerbe alle Beteiligten sehr gespannt, nunmehr auch in Deutschland in die Lage gesetzt zu sein, aus eigener Anschauung und durch beweisende Proben etwas gewisses über dieses neue Werkzeug zu erfahren.

Sonderbarer Weise kam man diesem sehr natürlichen Verlangen nicht mit der gewünschten Schnelligkeit und Zuverlässigkeit nach, sondern zögerte ganz auffällig damit, die Prüfung des pneumatischen Meißels den beteiligten Kreisen möglich zu machen.

Zuerst hieß es, der Erfinder wolle das Patent für Deutschland nur für eine sehr erhebliche Summe im Ganzen an eine Kapitalmacht verkaufen. Diese fand sich aber nicht so schnell, weil einige fast gleichzeitige Vorkommnisse z. B. die berühmte elektrische Zuckerraffinerie, zu Vorzicht bei solchen Erfindungen dringend mahnten und man sich auf die Probe in Antwerpen allein nicht verlassen wollte, da diese ohne gehörige Kontrolle und Beglaubigung gemacht worden. Dazu kommt noch folgendes.

Es ist die Erlangung eines neuen Patentes für eine schon patentierte mechanische Erfindung in Deutschland nicht gar schwer. Man hat eigentlich nur nötig ein „kinematisches Paar“ durch ein gleichwertiges anderes zu ersetzen, oder sonst eine mechanische Abänderung zu machen.

Das Grundprinzip, die Verwendung zusammengebrückter Luft, um einen Meißel, der stoßweise wirkt, zu betreiben, ist nicht neu, also nicht patentfähig. Es kann sich also nur um die mechanische Gestaltung dieses Gedankens handeln bei der Patentierung, und diese Gestaltung läßt sehr viele Kombinationen zu, die ganz gleichwertig in der Wirkung sein können.

Aus solchen Gründen war es dem Erfinder schwer, hier in Deutschland schnell Kapitalisten zu finden, die sich ihm zur Verfügung stellten, denn der Patentanspruch kann, selbst wenn das Instrument leistet, was versprochen wird, bald mit einer sehr lästigen Konkurrenz zu kämpfen haben.

Wirklich trat dann auch bald ein anderer Erfinder auf mit einem ähnlichen pneumatischen Meißel und nun wurde M. Coy behandelbarer. Er ließ erst von dem geforderten Preis und anderen Bedingungen sehr erheblich ab, und verstand sich dann sogar dazu, die Meißel den Steinmetzen-Betrieben leihweise zugänglich machen zu wollen.

Aber immer fehlte noch die kontrollierte und sachverständig geleitete Probe mit dem Instrument, ohne die ein Urteil unmöglich erschien. Der Berliner Vertreter machte eine sehr laute Reklame für dasselbe, aber dem Andringen auf Veranstaltung einer Probe wurden allerlei Ausreden und Schwierigkeiten entgegengesetzt. Wir wissen nicht, ob das aus Ungeschicklichkeit des Vertreters oder aus tieferen Gründen geschah, dieses Verfahren war aber unter allen Umständen sehr geeignet, das vorhandene Mißtrauen gegen die neue Erfindung sehr zu befestigen und zu stärken.

Es wäre doch so ungemein einfach gewesen, mit diesem Instrument den bedrängten Steinmetzen-Innungsmestern

in Berlin zu Hilfe zu kommen. Jeder ihrer Streikbrecher hätte sich durch die Maschine mindestens verzehnfacht, sie hätten dadurch also vielleicht einen Sieg feiern können. Der Herr Obermeister Otto Metzger hätte also sicher gerne seine Genehmigung zum Aufstellen eines oder mehrerer solcher pneumatischer Meißel in seinem Atelier gegeben. Ist es wirklich wahr, wie behauptet wird, daß ein geübter Steinmetz sich in ganz kurzer Zeit mit dem neuen Instrumente einarbeiten kann, dann wäre ihm geholfen gewesen. Einer oder der andere unter den Streikbrechern ist doch ohne Zweifel ein brauchbarer Steinmetz.

Glückte der Versuch, dann hätte Herr Metzger und noch mander anderer Innungsmeister, der Geld dazu besitzt, sich sicherlich eine ganze Anzahl solcher Meißel zugelegt. Die Frage nach der Brauchbarkeit wäre entschieden gewesen, der Erfinder hätte in Deutschland ein Geschäft gemacht, und die Steinmetzen-Innung in Berlin einen Sieg zu verzeichnen gehabt. Warum that der Vertreter des Erfinders diesen sehr einfachen Schritt nicht? Nach vielem Drängen und langem Zögern wurde endlich eine „Probe“ versprochen, auch der Tag dazu angesetzt aber — abbestellt.

Nochmals unter fortwährenden Wirbeln der Reklametrommel wurde endlich eine Probe festgestellt und abgehalten. Aber wie!?

Die Probe fand etwa Mitte April in Berlin statt. Der „Steinbildhauer“, ein Fachblatt, technisch ohne Bedeutung aber künstlerischen Charakters, liefert über diese „Probe“ einen Bericht, in dem es heißt:

Man hatte erwartet, daß Herr Ingenieur Baumert (der Vertreter des M. Coy) uns bereits einige, mit dem Meißel ausgeführte Arbeiten sehen, resp. solche in unserer Gegenwart durch einen Steinmetz, welcher bereits mit dem Werkzeug umzugehen wisse, ausführen lassen würde; doch sahen wir weder solche Arbeiten ausgeführt noch auch den eingeweihten Steinmetz dort. Es wurden vielmehr die Herren aufgefordert, sich durch eigenes Arbeiten mit dem Meißel und durch eigenes Probieren die Ueberzeugung von der vielseitigen Verwendbarkeit des Meißels zu verschaffen, was denn auch geschah, indem mehrere der Herren den Meißel zur Hand nahmen und die verschiedensten Gesteinsarten, wie Marmor, Granit oder Sandstein, damit bearbeiteten.

Das komische der Situation wird jedem klar werden, der erfährt, daß Geheimreklamierende, Kommerzienräthe, Besitzer großer Steinbearbeitungs-Geschäfte, die nie Steinmetzen gewesen sind, dann zwar „gelernte Steinmetzmeister“, aber in der größten Mehrzahl solche, die schon früher nie viel und schon seit langen Jahren gar nicht gearbeitet haben, der „Probe“ anwohnten. Das Bearbeiten eines Steines ist ein recht staubiges und schmutziges Geschäft, zu dem man nur in sehr geeigneter Kleidung schreiten kann. Es war diese „Probe“ hiernach also weiter nichts, als höchstens ein Spielen mit dem Instrument, wobei ein Resultat für dessen Brauchbarkeit sich keineswegs ergeben haben kann.

Diese Annahme wird noch bestätigt durch die folgende Beschreibung der sogenannten „Versuche“. Sie lautet:

„Der nun zum ersten Mal das Werkzeug auf einige Minuten in die Hand nimmt, verspürt ein leichtes Vibrieren desselben und eine leichte Erschütterung der Hand, was aber darin seinen Grund hat, daß man Anfangs unwillkürlich der Meinung ist, der pneumatische Meißel müsse recht fest gehalten werden. Arbeitet man nun längere Zeit, vielleicht einige Stunden damit, so wird man bald gewahr, daß, je freier man das Werkzeug hält, je leichter dasselbe geführt wird, desto rascher und sicherer sich damit arbeiten läßt. Nach einer mehrstündigen praktischen Thätigkeit mit dem pneumatischen Werkzeug gewinnt der Betreffende die feste Ueberzeugung, daß bei richtiger Führung des Instrumentes das Arbeiten mit demselben durchaus nicht ermüdet, sondern im Gegentheil mit immer größerer Sicherheit vor sich geht. Wenn man die ungewohnte Handhabung des Werkzeuges bei diesen ersten Versuchen in Betracht zieht, so bestätigte die Wirkungsweise, daß sich durch dasselbe, von geübter Hand geführt, außerordentliche Resultate erzielen lassen.“

Wie und daß überhaupt irgend welche thatsächliche „Resultate“ bei dieser Spielerei mit dem pneumatischen Meißel erzielt sind, läßt der Bericht nicht ersehen. Derselbe erscheint uns so, als ob ein der Musik Unkundiger einige Bogenstriche über die Saiten einer Geige macht, und sagt: „Das Ding mag wohl ganz geeignet sein, außerordentliche Melodien darauf zu spielen.“

Wenn deshalb der „Steinbildhauer“, der dem Meißel eine jedenfalls nicht uninteressante Reklame schon seit längerer Zeit gemacht hat, behauptet: „der Meißel leistet, was er verspricht“, wie es da wörtlich heißt, so wissen wir zwar nicht, was der Meißel versprochen haben mag, aber soviel ist sicher, die angegebenen Thatfachen lassen keinen Schluß darüber zu, daß der Meißel das leistet, was über ihn in den Reklamen des „Steinbildhauer“ selbst gerühmt ist. Die Frage über die praktische Verwendbarkeit des pneumatischen Meißels in der vorliegenden Form ist nach wie vor eine offene.

Wir wenden der Sache eine sehr große Aufmerksamkeit zu, weil der pneumatische Meißel, wenn er praktisch hergestellt werden wird — und daß dieses in kurzer Zeit erfolgen wird, nachdem der Weg gezeigt ist, daran zweifeln wir keinen Augenblick — eine große Umwälzung im Steinmetzgewerbe hervorrufen muß.

Die erste Folge müßte unter allen Umständen eine weitgehende Vernichtung einer sehr großen Zahl von Kleinbetrieben dieses Gewerbes sein.

Der pneumatische Meißel würde sich zur Handarbeit ähnlich verhalten, wie die Nähmaschine zur Handnäherie. Wenn die Nähmaschine auch die Handnäherie nicht ganz verdrängen kann, so ist eine Schneiderwerkstätte der kleinsten Art ohne Nähmaschine doch gar nicht mehr denkbar. Der Schneider, die Näherin, die keine solche Maschine besitzen, müßten ihr Gewerbe ohne Zweifel aufgeben. Gerade so wird es im Steinmetzgewerbe sein, wenn der pneumatische Meißel sich einführt. Der Wettbewerb der Handarbeit ist gegen solche Maschinen unmöglich, selbst dann, wenn die Arbeiter fast unentgeltlich arbeiten müßten (Zehrlingszuchterei).

Nun kostet eine Nähmaschine vielleicht 50 Mark und wird gegen wöchentliche Abzahlung geliefert. Ein pneumatischer Meißel verlangt eine starke, gut unterhaltene Luftpumpe und eine angemessene Betriebskraft. Unter fünf- bis sechstausend Mark wird eine solche Anlage kaum herzustellen sein.

Alle Kleinmeister im Steinmetzgewerbe, die das nicht haben, fallen in erster Linie aus, sie müssen den Betrieb einstellen, sie können ihn mit irgend welchem Verdienst nicht mehr betreiben, sobald ein Konkurrent sich den pneumatischen Meißel anschafft.

Die Konkurrenz wird sehr schnell den Preis der Steinmetzenarbeit durch den pneumatischen Meißel sinken machen. Wer nur mit einem oder nur mit zwei Meißeln arbeiten kann, wird dabei nicht mehr genug verdienen, um sich aufrecht zu erhalten. Der Großfabrikant, der auch heute schon im Steinmetzgewerbe einen gewaltigen Vorsprung vor dem Kleinmeister hat, wird ihn ganz erdrücken. Die Steinmetzgeschäfte werden sich schnell in einige wenige kapitalträchtige Hände zusammenziehen. Das ist ja die Wirkung des Eindringens der Maschinenarbeit in jedem Berufsweige, da ist hier nichts Neues und nichts Abweichendes zu verzeichnen.

Auf der anderen Seite wird dieser Maschinenbetrieb durch seine Billigkeit die Verwendung von Steinmetzenarbeit in gar nicht zu überschender Art steigern und dadurch auf alle Baubetriebe einwirken. Neue Steinbrüche werden eröffnet werden, alte werden ihre Herstellung steigern.

Noch ein Weiteres kommt hinzu, das wir auch im „Steinbildhauer“ richtig angedeutet finden:

Der Rahmen der Thätigkeit der Arbeiter verschiebt sich.

Abgesehen davon, daß auch hier die Maschine eine große Zahl von ihnen außer Arbeit setzen wird, verlangt die Arbeit mit der Maschine erstlich keine besondere Kraft mehr, sondern nur einen über das heut übliche Durchschnittmaß hinaus entwickelte Handgeschicklichkeit. Das Billigerwerden der Arbeit wird Hand in Hand gehen mit der gesteigerten Künstlichkeit der Ausführung. Man wird „reichere“ Arbeit verlangen, zur Verzierung greifen, wo man sich bisher mit einfacher glatter Arbeit begnügte. Der Unterschied zwischen Steinmetz und Bildhauer wird sich verwischen. Wer den pneumatischen Meißel führt, wird Künstler sein müssen in weit höherem Grade als es heute vom Steinmetzen verlangt wird.

Der neue Meißel bearbeitet alle Materialien mit ziemlich gleicher Leichtigkeit, es wird also der Unterschied des Materiales, der „Technik“, wie der Künstler sagt, ausgeglichen. Ein Holzbildhauer wird mit geringen Vorübungen in Stein arbeiten können und umgekehrt. Die heutige scharfe Abgrenzung der Gewerbe geht verloren.

Schließlich tritt die Frau auch hier als Konkurrentin auf; da die Arbeit mit dem pneumatischen Meißel keine Kraft, nur Handgeschicklichkeit und künstlerische Fähigkeiten voraussetzt, so kann die Frau ohne Zweifel den Wettbewerb aufnehmen.

Schließlich läßt die Verbindung des pneumatischen Meißels mit einem „Pantographen“ wie bei der Stichtmaschine wohl nicht lange auf sich warten. Damit ist die Kopiermaschine fertig, die ohne besondere Handfertigkeit rein mechanisch nach einem Modell eine beliebige Anzahl von Kopien in jedem gewünschten Maßstabe herstellt. Die eigentlich fabrikmäßige Herstellung von Bildhauer- und Steinmetzenarbeit ist damit eingeführt, statt des „gelernten Gesellen“ arbeitet der leicht angeleitete Handarbeiter, die abgerichtete Frau in der großen Steinwarenfabrik, die dann schon lange alle Kleinmeister aufgezogen hat.

Die heutige Wirtschaftsordnung ist dann trotz des Strampelns der Künstler über eine große Mehrzahl von ihnen hinweg geschritten, die alte Zeit hat einen neuen Schritt gegen ihr notwendiges Ende gethan, die neue Zeit ist wieder näher gekommen, vorwärtschreitend über den Untergang von Arbeitern und Kleinmeistern. Die Herren Künstler stehen dabei und sehen diesen Strom, aber sie begreifen ihn nicht. Sie erkennen nicht, woher er kommt, noch wohin er geht, sie warten auf sein Verrinnen noch in dem Augenblick, wenn ihnen das Wasser über den Kopf zu spielen beginnt. Sie hoffen auf unmögliche Hilfe von oben, sie suchen sich zu retten durch Unterdrückung nach unten.

Ein Gott hat sie mit Blindheit geschlagen, sie müssen verderben.

Der pneumatische Meißel wird die Innungen der Steinmetzmeister in das Nichts stoßen, wie es manchen anderen Gewerben schon vorher durch andere Maschinen gegangen ist.

## Der wirkliche Verdienst und der sogenannte „Jahresarbeitsverdienst“ bei der Invalidenversicherung.

Zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung ist mehrfach der Ausdruck Jahresarbeitsverdienst gebraucht und dadurch der Anschein erweckt worden, als wenn der wirkliche Arbeitsverdienst eines Versicherten irgend wie in Beziehung stehe zu der Rente und den Beiträgen desselben.

Das ist aber nicht der Fall. Nach dem § 16 werden vier Lohnklassen gebildet nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes. Aber als Jahresarbeitsverdienst gilt der wirkliche Verdienst nur, wenn Arbeitgeber und Versicherten darüber einverstanden sind; sonst sind gewisse Kennzeichen aufgestellt, die sehr dazu geeignet sind, die Höhe des anzurechnenden Jahreseinkommens herabzudrücken. Für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter gilt dann nämlich als Jahresverdienst derjenige Betrag, welchen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter am Orte der Beschäftigung durch land-

und forstwirtschaftliche, sowie durch anderweitige Erwerbstätigkeit durchschnittlich erzielen. Der Betrag dieses durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes wird durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde je besonders für männliche und weibliche, für jugendliche und erwachsene Arbeiter festgesetzt.

Für Mitglieder der Krankenkassen gilt der dreihundertfache Betrag des für ihre Krankenkassenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohns. Es handelt sich aber hierbei nur um die Zwangskassen und bei denen wird höchstens ein Tagelohn bis zu 3 Mark in Rechnung gezogen, also jährlich höchstens 900 Mk., sobald der Betreffende knapp in die höchste Lohnklasse kommt. Nur bei Fabrikkrankenkassen können die Tagelöhne bis 4 Mark berücksichtigt werden; aber einem Arbeiter mit 1200 Mark berechneten Jahresverdienstes werden immer nur die den Durchschnittslohn der vierten Lohnklasse bildenden 960 Mark angerechnet.

Die Mitglieder der freien Kassen, und das sind vielfach noch die Vergelohnten, sind, wenn sie sich mit dem Arbeitgeber nicht verständigen über die Höhe des Lohnes, auf den 300fachen Betrag des örtlichen Tagelohnes als ihr rechnungsmäßiges Jahresarbeitsverdienst angewiesen.

Für die der Unfallversicherungs-Vereinigungen angehörigen Arbeiter und für die Mitglieder der Knappschaftskassen gelten ebenfalls besondere Bestimmungen.

Es liegt also fast ganz in der Hand des Arbeitgebers, zu bestimmen, in welcher Klasse für den Arbeiter Beiträge gezahlt werden sollen.

Dadurch kann auch verhindert werden, daß ein Arbeiter, der sonst vielleicht nur 350 bis 550 Mark verdient, also der zweiten Lohnklasse angehört, bei guter Arbeitskonjunktur in einer höheren Lohnklasse, seinem augenblicklichen höheren Lohne entsprechend Beiträge zahlt, um seine Rente zu steigern. Denn die Krankenkassen sind nicht verpflichtet, nach der wirklichen Lohnhöhe Beiträge und Krankengeld zu bemessen, sie können vielmehr für die Klassenmitglieder insgesamt einen durchschnittlichen Lohnsatz feststellen, wodurch natürlich alle über dem Durchschnitt stehenden Arbeiter benachteiligt werden.

Kurz, aus der ganzen Vorchrift des § 16 folgt, daß nur in den wenigsten Fällen bei der Beitragsleistung und bei der Rentenberechnung der wirkliche Lohn in Betracht gezogen werden wird. („Voss. Ztg.“)

## Die Stellung des deutschen Tabakarbeiter-Kongresses zur Frauenfrage

hat — wie voraussehen war — bereits Kritiken und Anfechtungen erfahren.

Wir brauchen heute darauf wohl nicht näher einzugehen, da wir die Frauenfrage in letzter Zeit oft und ausführlich zur Sprache gebracht haben und außerdem auf Heft 3 der Berliner Arbeiterbibliothek (Clara Zetkin, die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart) zur näheren Orientierung unserer Leser verweisen können.

Es wird für die Teilnehmer des Kongresses aber von Interesse sein, daß auch der zweifellos außergewöhnlich sachkundige Korrespondent „aus Norddeutschland“ der Wiener „Gleichheit“ schreibt:

„Doch anzuerkennen ist, daß der Kongress gegenüber der Frage der weiblichen Arbeiter, die in der Zigarrenindustrie bekanntlich eine sehr wichtige Rolle spielen, einen durchaus korrekten Standpunkt einnahm. . . . Die deutschen Zigarrenarbeiter sind die ersten, die in dieser Frage offiziell und gründlich mit den bisherigen Vorurteilen gebrochen haben.“

## Der Massenstreik im westfälischen Kohlenrevier.

Der Streik im westfälischen Kohlenrevier, welcher in den letzten Tagen der vorigen Woche zuerst bei Gelsenkirchen begonnen hat, nimmt immer größere Ausdehnung an. Seit dem Jahre 1872, auf dem Höhepunkt der Gründerzeit, hat im dortigen Kohlenrevier ein solcher Massenstreik nicht stattgefunden. Die in Essen erscheinende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlichte am Mittwoch ein Verzeichnis von 37 Zechen, auf welchen eine Belegschaft von circa 40 000 Arbeitern feierte. Es sind dies 40 Prozent der gesamten Arbeiterbelegschaft des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Die feiernden Zechen haben eine tägliche Förderung von 4326 Tonnen Kohlen oder 39 Prozent der gesamten Tagesförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Ausfall in der Kohlenförderung beginnt bereits hier und da im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Hüttenwerke zur Einstellung des Betriebes zu nötigen. So hat am Mittwoch das Düffeldorfer Hütten- und Eisenwalzwerk wegen Mangels an Kohlen den Betrieb eingestellt. Am Abend vorher ist schon im Krupp'schen Etablissement in Essen in einem Teile der Werke der Betrieb eingestellt worden. Die Eisenbahnzüge zur Ausfuhr von Kohlen nach Belgien sind eingestellt.

Es heißt, daß die öffentliche Meinung unbeteiligter Kreise in den dortigen Gegenden durchweg auf Seiten der Arbeiter steht. Jedenfalls ist die Behauptung in der Presse der Grubenverwaltungen unwar, daß in den letzten Jahren die Löhne fortwährend mit dem Preise der Kohlen gestiegen seien. Nach der eigenen Statistik der „Rhein. Westf. Ztg.“ hat sich allerdings der Jahresverdienst der Arbeiter wie folgt gestellt: 1883: 905, 1884: 875, 1885: 864, 1886: 841, 1887: 883, 1888: 910 Mk. Aber dieser Jahresverdienst ist die Folge gewesen einer wachsenden Ausdehnung der Arbeitszeit. Denn der Netto-lohn pro Kopf und Schicht ist sogar seit 1883 fortwährend gesunken. Derselbe betrug nämlich 1883 2,72 Mk., 1884 2,68 Mk., 1885 2,66 Mk., 1886 2,58 Mk., 1887 2,57 Mk. Für 1888 ist die Kubrik leider nicht ausgefüllt.

Ueber die persönlichen Ursachen der plötzlichen Bewegung kursieren die verschiedensten Nachrichten, sodas wir vorläufig von einer Wiedergabe absehen.

Bemerkten aber wollen wir, daß uns von sachkundiger Seite die Vermuthung ausgesprochen wurde, die ganze Aktion stehe in Verbindung mit einem großen Finanzwagnis, durch den man die kleinen Gruben zu ruinieren beabsichtige, um sie dann zu Schleichpreisen seitens der großen Monopolisten aufzukaufen. Das geradezu herausfordernde Benehmen der Grubenleiter spreche dafür, daß man mindestens die Fortsetzung des Streiks von dieser Seite wünsche. Auch die Aufhissungen der rothen Fahnen seien auffällig, da die Sozialdemokratie notorisch im Bezirke noch ganz schwach sei und mit der Vorbereitung und Führung der Streiks bisher gar nichts zu thun habe.

Wir bringen diese Meinungsäußerung unter aller Reserve, da es vielleicht gut ist, die Augen auch nach dieser Seite offen zu halten.

## Zur Abwehr.

Die durchaus friedlichen Bemerkungen „zum internationalen Arbeiterkongress“ in unserer letzten Nummer haben wider alles Erwarten Anlaß zu einem kleinen journalistischen Renkontre gegeben. Wir würden es vorziehen, die ganze Sache zu ignorieren,

wenn wir nicht wüßten, daß einige unserer Lieben Freunde und getreuen Nachbarn immer gleich zum Fischzug ausziehen, wenn an irgend einer Stelle das Wasser trübe zu werden scheint.

Geben wir einfach die Thatsachen wieder. Der ganze Artikel in unserer letzten Nummer bestand in einigen rein thätlichen Mittheilungen, an welche sich dann die Worte angeschlossen:

„Dem „Berl. Volksblatt“ hätten wir einzuweilen nur zu entgegnen — einmal, daß wir die „Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett“ niemals als etwas Entbehrliches oder gar tabelnswertes angesehen haben, sondern daß wir es nur für nothwendig hielten, „die Sache endlich aus dem Stadium der schwebenden Vorverhandlungen herauszubringen“ — und ferner, daß uns eine Kollisionsstellung der französischen Marxisten durchaus nicht theilnahmlos lassen würde, aber daß wir doch gewünscht hätten, die Marxisten würden statt bloßer „Befürchtungen“ klare und schlüssige Thatsachen vorgebracht haben. Es wäre für die Guesde und La Jaraque doch gewiß nichts leichter gewesen als sich sofort von ein paar marxistischen Gewerkschaften oder Jirkeln als Delegirte wählen zu lassen und sofort auf die Beantwortung der Frage zu dringen, ob sie von der possibilistischen Parteileitung zugelassen würden oder nicht. So ist immer nur von Wahrscheinlichkeiten und „früheren Erfahrungen“ die Rede, und diese erscheinen uns denn doch nicht hinreichend für ein Vorgehen, das die internationale Verbrüderung mit einem internationalen Geizhals beginnen ließ, das weder in Paris noch in London und auf dem Kongress zu Jolimont sehr erfreulich klang. — Hoffentlich gelingt nun wenigstens die Verschmelzung in Paris.“

Das sind im ganzen drei Sätze. In dem einen betonten wir, daß wir den deutschen Vertretern keinen Vorwurf der berührten Art hätten machen wollen. Das war eine Höflichkeit. Im zweiten äußerten wir in zurückhaltendster Weise die Meinung, daß die französischen Marxisten gut gethan haben würden, fertige Thatsachen zu schaffen, da dann sicherlich diejenigen Belgier, Engländer u. s. w., die heute noch zu den Possibilisten stehen, weil sie die Befürchtungen der Marxisten für unbewiesen halten — sich den Protestirenden angeschlossen haben würden und da hierdurch mancher Janz vermieden worden wäre. Darüber mag man verschieden urtheilen, verlegt konnte sich aber Niemand fühlen, jedenfalls hat diese Aeußerung mit dem deutschen Vorgehen gar nichts zu schaffen. Der dritte Satz sprach die Hoffnung aus, daß nunmehr wenigstens die Erwartung der französischen Marxisten sich erfüllen möge — er war also wiederum eine Höflichkeit und hatte mit den deutschen Vertretern wiederum nichts zu schaffen.

Was antwortete darauf ein Mitarbeiter — nicht die Redaktion — des „Berl. Volksblatt“? Man höre:

„Die Berliner „Volks-Tribüne“ setzt ihre Kumpelien wegen des internationalen Kongresses fort. Ein bißchen mehr Objektivität, als sie dem Blatte in dieser Frage eigen ist, müßte ihm die Einsicht beigebracht haben, daß die deutscherseits gemachten Schritte und Vorschläge durchaus korrekt und loyal waren. . . . An den Deutschen laß die Verzögerung nicht. Eine andere Darstellung der Sache kann nur auf Unkenntniß oder Böswilligkeit beruhen.“

Wir baten darauf um gefällige Uebersetzung, ob Ton und Inhalt unseres Artikels irgend welchen Anlaß zu einem Mißklang geboten habe, oder ob daran nicht „leiblich der Resonanzboden“ die Schuld trage, auf den unsere Entgegnung gestossen sei. Darauf erhielten wir wiederum zur Antwort, daß der Einfelder recht wohl „zwischen einem freundschaftlichen Rippenstoß und einem absichtlichen Hühneraugentriff“ zu unterscheiden wisse und bei der „Kumpelie“ bleibe.

Darauf hatten wir allerdings nichts mehr zu erwidern und überlassen auch heute das Urtheil ganz unseren Lesern. Wir benutzen den Anlaß aber gleich zu der Versicherung, daß wir in Zukunft gern auf alle Hühneraugen und sonstigen Gebrechen Anderer die weitgehendste Rücksicht nehmen werden, soweit dabei das Recht der freien Meinungsäußerung nicht vollständig hinfallig wird. Das oben Festgestellte sollte unseres Erachtens aber auch Anderen die Erwägung nahe legen, ob nicht eine kleine Operation von ihrer Seite geboten erscheint, um aller Ueberempfindlichkeit ein Ende zu machen.

Hoffentlich tragen die überzähligen Augen nicht auch die Schuld daran, daß man uns gegenüber mitunter — Geipenier gefehen hat und wohl auch noch sieht.

Bei dieser Gelegenheit werden wir übrigens erst gewahrt, welsch ein Segen es ist, daß wir wenigstens auf ganz gebundenen Füßen stehen — denn bei dem gegen uns mitunter eingeschlagenen Verhalten wären wir sonst aus den Empfindlichkeiten gar nicht herausgekommen.

## Der Pariser „Parti Ouvrier“.

das Tageblatt der Possibilisten, giebt unsere Aeußerungen über den internationalen Kongress in den denkbar sinnstündlichsten Verdrehungen wieder. Leider häuft sich uns in letzter Stunde der Stoff derartig, daß wir uns heute mit einem einfachen Protest begnügen müssen.

## Politisches und Sozialpolitisches.

Seit seinem Wiederausammentritt am Dienstag beschäftigt sich der deutsche Reichstag wieder mit der Altersversicherung, aber es ist noch nicht möglich gewesen, eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten zusammen zu bringen. Am Mittwoch mußte die Beratung abgebrochen werden, weil sich bei einer Abstimmung herausstellte, daß nur 176 Mitglieder des Reichstages anwesend waren. Man hatte gehofft, daß der Eindruck dieser beschämenden Thatsache so tief und eindringlich sein werde, um fortan die Beschlußfähigkeit des Hauses zu sichern. Diese Hoffnung ist jedoch getäuscht worden. Wiewohl man Donnerstag früh im Reichstage erfahren hatte, daß Fürst Bismarck, wenn auch nicht seine Theilnahme an der Debatte, doch sein Erscheinen im Hause angekündigt hatte, waren doch die Bänke des Reichstages noch spärlicher als am Mittwoch besetzt, und bei einer erneuten Abstimmung zeigte sich, daß nur noch 166 Mitglieder in der Redchalle des gesetzgebenden Körpers ausgeharrt hatten. Der Reichstag zählt 397 Mitglieder, in der Donnerstags-Sitzung haben mithin 231 Abgeordnete gefehlt. Die Herren scheinen das Gesetz demnach selber für sehr unbedeutend zu halten — eine Werthschätzung, in der sie doch endlich einmal mit den Arbeitern übereinstimmen.

Der Breslauer „Fadenzug“ soll in Berlin neu einstudirt von braven Bayrischen Brauburschen, die bitteres braunes Bier brauen, in Scene gesetzt werden. Darüber wird sich niemand wundern, der da weiß, daß der in letzter Zeit bekannt gewordene emporsirebende Herr Köfide eine Brauereidirektorstelle durch Erbschaft in unbestreitbarem

Besitz hat. Und die Brauburschen — — nun, der Bieri muß nicht nur in Rußland.

**Dresden.** Eine in einem Gartenlokale Dresdens abzuhaltende Volksversammlung, in welcher der Abg. Vebel über die Getreidepreise und die indirekten Steuern sprechen wollte, wurde seitens der Polizei nicht genehmigt. Der Mangel an größeren Lokalen, welche die Wirthe herzugeben bereit sind, führte zu dem Versuch, ein Gartenlokal zur Versammlung zu benutzen.

**Sozialdemokratische Reichstagskandidaturen.** Halberstadt-Oschersleben-Bernigerode: Vörsternmachersmstr. Rob. Dahlen-Dahlen; Bunzlau-Lützen: Schneidermstr. Aug. Kühn-Langeubielau; Burg-Genhün: W. Viefänder-Berlin; Hanau-Gelnhausen; Wolf-Mühlheim; Lüdenscheid; B. Meist-Köln.

**Statistik der Geheimbundsprozesse.** Von den Geheimbundsprozessen, welche in der Zeit seit Erlaß des Sozialistengesetzes bis zum Freiburger Erkenntnis anhängig waren, wurde das Verfahren in 10 Fällen eingestellt und erfolgte in 6 Fällen Freisprechung der Angeklagten und in 8 Prozessen (Frankfurt 1890, München und Posen 1882, Stettin 1883, Breslau 1884, München, Altona 1886) Verurtheilung. Seit dem Freiburger Erkenntnis bis Ende Januar 1899 waren 66 Prozesse auf Grund der §§ 128 und 129 anhängig geworden. Von diesen endigten nur 10 mit Einstellung des Verfahrens und nur 8 mit Freisprechung der Angeklagten, während in 33 Prozessen Verurtheilung ausgesprochen wurden und in 4 Fällen das Verfahren noch schwebte. Die 33 verurtheilenden Erkenntnisse erstreckten sich insgesamt auf 236 Personen.

**Zum Zimmererkongress.** Unterzeichnete Kommission giebt hiermit bekannt, daß der diesjährige Kongress voraussichtlich in der Zeit vom 31. Mai bis 2. Juni stattfinden wird. Der Ort wird in nächster Zeit bekannt gegeben werden.

Als Tagesordnung schlagen wir vorläufig folgende Punkte vor:

1. Situationsbericht und Abrechnung des Kassirers.
2. Erhebung über die Lage der Zimmerer.
3. Streikangelegenheiten.
4. Organfrage.
5. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegirten muß in öffentlichen Versammlungen aller Zimmerer und durchaus nicht in Vereinsversammlungen stattfinden.

Der Kongress findet zu Halle a. S. im Saale der Moritzburg statt.

Mit kameradschaftlichem Gruß und Handschlag  
Die Agitationskommission der deutschen Zimmerer.

J. K.: Karl Horn, Leipzig, Kanitzstraße 28, IV.  
Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieses Aufrufes gebeten.

## Gewerkschaftliches, Versammlungen.

**Mauerer Berlins!** Tretet alle der Freien Vereinigung der Mauerer und Fachgenossen Berlins bei. Ohne Organisation kein Erfolg.

Die streikenden Berliner Weißgerber wenden sich in einem Aufruf um Hilfe an die Arbeiter Deutschlands. Jede weitere Auskunft ertheilt: Ernst Rau, Berlin, Prinzen-Allee 62-63. Hilfe thut dringend noth.

Der Streikstreik dauert unverändert fort. Der Zug ist unbedingt fernzuhalten. Zuschauer sind zu richten an J. Feicht, Melanchtonstr. 5, Hof 1 Tr.

An sämtliche Maler und Anstreicher Berlins! Die Streikarten werden von jetzt ab jeden Sonntag von 10-12 Uhr Vormittags und Mittwoch von 8-9 Uhr Abends in den Vereinslokalen der Filialen ausgegeben: 1. Wndt, Dresdenstr. 116, 2. Appel, Lützowstr. 11, 3. Gädde, Andreasstr. 34, 4. Engel, Invalidenstr. 151. Sämtliche Kollegen werden ersucht, die Karten so bald wie möglich abzuholen. Die Lohnkommission.

**Arbeitseinstellung.** Die Gärtnere von Schreiner u. Co., Annenstr. 49 (Inhaber: Beatrice) haben am Freitag Vormittag wegen Maßregelung von Kollegen die Arbeit niedergelegt und bitten, allen Zugzug fernzuhalten.

**Verbotene Versammlung.** Die für Montag, den 6. Mai, nach den Zentralfestalen einberufene öffentliche Versammlung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen, in welcher Fr. Joh. Jagert über die Stellung der Frau in der Industrie referiren sollte, ist durch den Polizeipräsidenten verboten worden, ebenso eine für den 13. Mai einberufene öffentliche Frauenversammlung (Referent: Frau Baake).

**Große Schneider-Versammlung** der Freien Vereinigung der Schneider Berlins am Montag, den 13. Mai cr., Abends 8 1/2 Uhr, in Oranienwerder Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. die **Lohnbewegung** der Berliner Arbeiter und wann geboten die Schneider sich aufzuraffen? Referent: Herr H. Taterow; 3. Vereinsangelegenheiten; 4. Fragekasten. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

— Freie Vereinigung der Zuschneider, Stepper und Vorrichter Berlins. Versammlung Sonnabend, den 11. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Meyer, Alte Jakobstr. 83. L.-D. Vortrag des Herrn C. Baake über Maltheismus.

— Verband deutscher Zimmerleute. Lokalverband Berlin Centrum. Versammlung am Dienstag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72.

— Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen. Mitgliederversammlung Montag, 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75.

— Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstr. 16, I.

## Briefkasten.

**Verschiedene Berichte** mußten leider wegen Raum-mangels zurückbleiben.

**Leipzig.** Es gingen uns seitens der Post 3 Hefte Arbeiterbibliothek zu, die in Leipzig ohne Adresse und Umschlag in einem Postbeutel gefunden wurden. Vielleicht ist auf diesem Wege Absender oder Adressat festzustellen. Wir bitten um Mittheilung.

**Frankreich.** Am 5. Mai 1789 wurde in Versailles die Versammlung der Reichstände eröffnet, die sich bald zu einer konstituierenden Generalversammlung umgestaltete. Am 20. Juni fand alsdann der Schwur im Ballhause statt, durch welchen sich die Volksvertretung für unabhängig von der königlichen Autorität erklärte, am 14. Juli folgte der Sturm auf die Bastille, und am 5. Oktober fand der Zug nach Versailles statt, wodurch die alte mittelalterliche Staatsverfassung endgiltig hinweggefegt wurde.